

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Der Höllenhund fand Beute

DGB betrieb mit dem Verkauf der Gewerkschaftshäuser an den Immobilienfonds Cerberus Glaubwürdigkeitsvernichtung pur **Seite 3**

■ Tabletten gegen Arbeitslose

Eine „WERT/LOS“-Debatte auf der Bühne und im Leben **Seite 5**

■ Vermächtnis des „roten Barons“

Das dritte Leben des Manfred von Ardenne in der DDR – Gedanken zum 100. Geburtstag **Seite 8**

■ Acht Jahre Miete für leere Räume

„Das hätte es beim Kaiser und bei Honecker nicht gegeben!“ **Seite 16**

1

2007

NEU
1,30 Euro

15. Jahrgang
12. Januar

www.
leipzig-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

keine Armut per Gesetz!

Terroristen!
Abschießen!!!

Die Beute lassen wir
uns nicht nehmen.

Kriegszustand!
Das ist ein Verteidigungsfall,
wo bleibt die Bundeswehr?

So sehr aus dem Rahmen fällt Schäubles Wunsch, terroristische Flugzeugentführer mitsamt unbeteiligten Passagieren abzuschießen, doch gar nicht. Er äußerte ihn schließlich kalendarisch passend. Immerhin haben wir seit dem 1. Januar das Jahr mit der 007. Da ist die Lizenz zum Töten quasi schon drin.

Mag die Kritik an Schäuble derzeit allgemein riesig sein.

Der Mann wird nicht

locker lassen. Und am Ende atmen wir alle auf, dass es nicht ganz so schlimm gekommen ist. Aber wie schlimm kommt es?

Da mag SPD-Politiker Dieter Wiefelspütz ruhig versichern, eine Opferung unschuldigen Lebens könne nur verlangt werden, wenn das ganze Gemeinwesen auf dem Spiel stehe. (Was es für das Kapital längst tut, wie auch unser Karikaturist meint.)

Da mag Petra Pau von der Linkspartei noch so energisch auf die im Grundgesetz verankerte Würde des Menschen verweisen, die unantastbar sei. (Angetastet ist sie schon lange. Gäbe es sonst Massenarmut, Bildungsnotstand oder diese Gesundheitsreform ...?)

Da mag der FDP-Politiker Max Stadler gewiss eindringlich mahnen, dass die Bindungswirkung von Entscheidungen des höchsten Gerichts „rechtsstaatliche Konstante“ in der Geschichte der Bundesrepublik sei. Was bedeutet, Schäuble könne nicht einfach ein (makabres) Luftsicherheitsgesetz, das

vom Verfassungsgericht am 15. Februar 2006 für verfassungswidrig erklärt wurde, doch noch verfassungsgemäß machen. (Das Grundgesetz hat schon anderes erduldet.)

Da mag Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck einwenden, mit einem „Quasi-Verteidigungsfall“ würden

Passend zum 007-Jahr

„die Grenzen zwischen Kriminalitätsbekämpfung und Krieg verwischt“ (was Schäuble bekanntlich

schon bei der Fußball-WM versuchte). Das Entscheidende, so Beck, sei aber Schäubles Wille, „Leben gegen Leben abzuwägen und damit Lebensrecht und Menschenwürde in diesen Fällen grundsätzlich zur Disposition zu stellen.“ Der Gesetzgeber dürfe keine Lizenz zum Töten Unschuldiger in Gesetzesform gießen.

Nun haben wir aber das 007-Jahr. Und wir haben haufenweise Politiker, die ihre Versprechen brechen. Für die SPDler ist die Zielvorgabe eines demokratischen Sozialismus zum Hohn verkommen, die Grünen, einst entschiedene Kriegsgegner sind längst auf den deutschen militaristischen Zug aufgesprungen. Und aus den Reihen der sogenannten Christdemokraten wird Schäuble ohnehin nur zaghaft widersprochen.

Vielleicht bewahrt uns vor der Alltags-Lizenz zum Töten erst ein Gesetz, das die Regierung verpflichtet, ihre sämtlichen Geschäfte in die Lüfte zu verlegen. Abgehoben ist sie eh.

• MAXI WARTELSTEINER

Auf ein Wort bitte



RALF SCHÄFER
ATTAC

Wenn man die treibenden Kräfte der kapitalistischen Globalisierung sucht, stößt man auf vier Hauptakteure. Dass Großkonzerne, Finanzkapitalisten und einige politische Eliten dazugehören, ist klar. Doch meist wird eine weitere Gruppe übersehen: die globale Konsumentenklasse. Sie ist mehr oder weniger staatenlos – auch wenn ein Großteil von ihr in den westlichen Industriestaaten beheimatet ist. Die Mitglieder dieser Klasse zeichnen sich durch ihren Lebensstil aus: sie fahren Auto, machen Fernreisen und kaufen die neuesten Elektronikprodukte – egal ob sie nun chinesische, deutsche, südafrikanische oder brasilianische Staatsbürger sind. Die globale Konsumentenklasse stellt rund 20 Prozent der Weltbevölkerung, aber verbraucht 80 Prozent der Ressourcen. Und diese Res-

ourcen existieren natürlich nicht im luftleeren Raum. Sie lagern in Naturräumen, auf die die Ärmsten dieser Welt angewiesen sind. Denn sie kaufen nicht in Supermärkten, sondern sind von sauberem Trinkwasser aus dem Fluss oder von Brennholz und Nahrung aus dem Wald abhängig. Der Eingriff in diese Naturräume, um seltene Metalle für Elektronikartikel oder Tierfutter zu erlangen, beraubt die ärmsten Menschen zum Teil ihrer Lebensgrundlage.

Die globale Konsumentenklasse

Gedanken nach dem Kauf- und Geschenkekausch

So weit, so schlecht. Was ist nun das besondere daran im Vergleich zu den Klassengesellschaften der Vergangenheit? Insbesondere, dass die Möglichkeiten des Widerstands für die Armen gering sind. Denn sie haben keine Vernetzungsmöglichkeiten, da ihnen die Mittel der modernen Telekommunikation vorenthalten werden. Lokaler Widerstand ändert nicht viel an der Gesamtsituation. Die Konzerne finden in anderen Gebieten willige Eliten, die den Zugang zu den Ressourcen notfalls mit Gewalt öffnen. Und solange der Verbraucher

Geiz geil findet und ihm egal ist, unter welchen Bedingungen sein Produkt hergestellt wurde, wird sich daran auch nichts ändern. Zwar konnten soziale Bewegungen den Konsumenten in Einzelfällen sensibilisieren, aber insgesamt sind Appelle an den Konsumverzicht alles andere als populär.

In Deutschland ist man vor allem Spitze bei Absichtsbekundungen. Doch die Marktnachfrage z. B. nach fair gehandelten Waren ist weiterhin gering. Kann sich natürlich keiner leisten, wenn man nachfragt. Das mag im Fall der staatlich verordneten Armut wie Hartz IV zutreffen. Ansonsten signalisieren über 100 Millionen Euro Ausgaben für Feuerwerksböller oder rund 70 Milliarden Euro für den Tourismus eine andere

Situation.

Nun geht es nicht darum, nur den individuellen Konsumenten zum Sündenbock zu machen. Natürliche wissen viele nicht um die Problematik, orientieren sich mit ihrem Konsum am Umfeld und sind zudem einer manipulativen Werbeindustrie ausgesetzt. Gleichwohl, wenn man fragt, was global gerecht wäre, so muss man den Finger auch in die Wunde des Konsums legen. Denn wie Gandhi so schön sagte, die Welt hat genug für jedermanns Grundbedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.

Dem Winter sei Dank



Die Leipziger Agentur konnte relativ zufrieden verkünden, dass der übliche Anstieg der Arbeitslosigkeit mangels Schnee und Frost im Dezember ausgefallen ist.

Mit 65 444 Arbeitslosen waren im Agenturbezirk nur 99 mehr gemeldet als im November, aber 8968 weniger als im Vorjahr. Die Hauptagentur Leipzig ist mit 16,9 Prozent zweit-schlechteste sächsische Geschäftsstelle nach Borna (17,1). Aufgeschlüsselt nach Berufen haben wir z. B. in den Bau- und baunahen Fertigungsstufen und bei den Dienstleistern 11 Arbeitslose je freier Stelle, bei den Medien- und künstlerischen Berufen aber 25 Arbeitssuchende je angebotenen Arbeitsplatz.

Die sächsische Arbeitslosenquote liegt bei 15,4 Prozent. Bester Bereich bleibt Dresden (12,8%) vor Plauen (12,95). Insgesamt 336 150 Arbeitslose waren registriert, 38 722 weniger als 2005. 31 909 Stellen standen für sie bereit.

Der regionale Ausbildungsmarkt wurde wegen der noch laufenden Nachvermittlungaktion nicht aktuell ausgewertet.

Die ARGE Leipzig betreute im Dezember 80 882 Leistungsempfänger in 46483 Bedarfsgemeinschaften. Der Anteil der Leipziger ALG-II-Empfänger unter allen Arbeitslosen beträgt hohe 75,6 Prozent und ist gegenüber Dezember 2005 um vier Prozent gestiegen. Die ARGE verbrauchte 82 Millionen Euro und musste vier Millionen zurückgeben.

Das Hauptproblem „Geld“ hat die Bundesagentur verursacht. Mit ihrer Sparpolitik erzielte sie 11,2 statt der geplanten 1,8 Milliarden Euro Überschuss.

• J. SPITZNER



Am Sonntag, 14. Januar, auf zu Karl und Rosa nach Berlin-Friedrichsfelde. Auch zahlreiche Leipziger haben sich diesen Termin vorgemerkt, um ein Zeichen gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu setzen

Wer schärft den Bohrer, wählt den Namen ...?

Kurz vor Jahresende werden die wichtigen Dinge des Lebens erledigt. Auch rund um den City-Tunnel Leipzig. Will das Biest schon nicht – wie mehrfach angekündigt und immer wieder verschoben – in die Länge wachsen und verursacht das Hätschelkind der Politik zu allem Übel auch noch ungeheuer wachsende Kosten, so sollte doch wenigstens die Bohrmaschine, die seit mittlerweile einem halben Jahr nutzlos und stumpfsinnig in ihrer erdigen Wiege am Bayerischen Bahnhof vor sich hin start, einen feinen Namen bekommen.

Weil die Leipziger gute Demokraten sind, durften sie über den Namen abstimmen. Und weil die Leipziger inzwischen mehrheitlich unbekehrbare Atheisten sind, soll, so hieß es, die Bohrmaschine (in missionarischem Eifer) am 11. Januar getauft werden. Als Name ist dafür dem Sächsischen Wirtschaftsministerium zum Beispiel Leonie eingefallen (der inzwischen natürlich das Rennen gemacht hat). Muss nur richtig ausgesprochen werden, damit es nicht nach „Leonie“ klingt. Auch „Lene“ wurde meistbietend offeriert. Diese Maschine, eine „schöne Helene“? Doch kurz ist in lyrischen Augenblicken der Dresdner Ministerialbürokratie Gedankenflug von Lene Voigt zu Goethe. Denn auch „Gretchen“ wäre ja möglich gewesen. Wegen Faust, dem sie bekanntlich schlötternd gestand: „Heinrich, mir graust vor Dir.“ Doch wer ist aus dem umfänglichen Personenkreis der City-Tunnel-Akteure besagter Heinrich?

Wir hatten einen besseren Vorschlag: „St. Wolfgang“ sollte die Maschine heißen zur Erinnerung an einen Oberbürgermeister, der seinen „immer ein wenig verrückten Leipzigern“ den Tunnelblick beibringen wollte. St. Wolfgang würde auch gut zu St. Barbara – am 11. Januar durch die Ministerpräsidenten-Gattin gegeben – passen. Der heilige Zirkelschluss wäre vollendet. Sobald die Maschine sich in den Untergrund fräst, gilt nur noch: „Vergib uns unsere Schuld.“ Die Wahrheit liegt wie immer im Leipziger Dreck. • V. KÜLOW

MDR-Qualität abgesenkt

LN. Der MDR setzt seinen Einstellungsstopp bis Ende 2007 fort. Über 150 Stellen sind derzeit unbesetzt. Mittlerweile gibt es Kritik, dass Programmanforderungen nicht mehr entsprechend öffentlich-rechtlicher Standards erfüllt werden. Während feste Mitarbeiter unbezahlte Mehrarbeit leisten müssen, erhalten freie Mitarbeiter keine Feiertags- und Sonntagszu-

schläge mehr. Die Vergütungen in den Verträgen freier Mitarbeiter werden nach unten angepasst. Die Geschäftsführung hat zwar auf eine „Gehaltserhöhung“ verzichtet, aber Intendant Prof. Udo Reiter ist nicht bereit, die eigenen Vergütungen auch entsprechend abzusenken. Die falsche Geschäftspolitik offenbart, journalistische Qualität steht nicht im Mittelpunkt.

Die Linken stärkste Partei in Sachsen

LN. Die Linkspartei in Sachsen hat nach wie vor mit nunmehr 14 066 die meisten Mitglieder. Damit rangiert sie knapp vor der CDU mit 14 007 Mitgliedern. Dennoch liegen beide Parteien im allgemeinen Abwärtstrend, sie verloren jeweils rund 500 Mitglieder. Die SPD zählt in Sachsen derzeit

4444 Mitglieder, das ist ein Minus von 79, und die FDP 2575, das ist ein Plus von 25.

Bei den Grünen werden zur Zeit 948 Mitglieder gezählt. Das ist ein Zuwachs von drei.

Die NPD gibt an, mit 1100 Mitgliedern auf dem Niveau des Vorjahres zu liegen.

LESER MEINEN

Boycott ja, aber welche Alternativen gibt es?

Obwohl ich Ihre Zeitung von der ersten Nummer an mit Interesse lese, habe ich mich, glaube ich wenigstens, noch nie bei Ihnen gemeldet.

Auch die letzte Ausgabe brachte viel und guten Lesestoff. Vor allem interessieren mich immer die Hintergründe, über die man sonst nicht viel erfährt, so z. B. auch in dem Artikel über Müller-Milch. Dem Boycott würde ich mich gern anschließen, obwohl es vermutlich nichts bringt. Aber wichtig wäre es, wenn man wüsste, was man als Alternative wirklich noch kaufen kann. Hinter vielen „Ost“-Produkten stehen doch längst „West“-Konzerne. Generell würde ich auch nicht mehr allgemein zwischen Ost und West unterscheiden wollen, sondern

eher die sozialen oder globalen Aspekte, wie im Beitrag geschehen, berücksichtigen. Aber gerade da spielt es ja eine Rolle, ob andere Firmen nicht nur sogenannte Tochterfirmen sind. Stimmt es z. B., dass Sachsen-Milch auch zum Müller-Konzern gehört?

Vielleicht können Sie ja mal Firmen vorstellen, die es sich aufgrund ihrer Arbeit und ihres Verhaltens zu unterstützen lohnt. Ansonsten machen Sie weiter so, ohne Ihre Zeitung wäre die Leipziger Presselandschaft ärmer.

CARLA CALOV, GRIMMA

In memoriam „For eyes only“

Über zwei Millionen DDR-Bürger sahen 1963 den am besten besuchten DEFA-Film „For eyes only“. Eine große Pressekonferenz in Berlin peitschte das Gewissen der Weltöffentlichkeit auf und verkündete:

- US-Plan MC 70 geplatzt.
- Über 500 MID-Agenten (einer

der US-Geheimdienste) enttarnt

- Der begrenzte Krieg findet nicht statt.
- Sensationale Niederlage des MID.
- Originaldokumente in ostdeutscher Hand.

So wurde, was streng geheim, was „for eyes only“ war, Millionen weltweit zugänglich. Der Kundschafter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, der für diese Schlagzeilen sorgte, war Genosse Horst Hesse.

Er setzte sein Leben aufs Spiel. Unserer Gegner verurteilten ihn nach der Entlarvung des in Würzburg agierenden US-Geheimdienstes zum Tode.

Horst Hesse verstarb am 16. Dezember 2006 im Alter von 84 Jahren. Sein Beitrag für die Erhaltung des Friedens in den Jahren des Kalten Krieges bleibt unvergessen.

KARL-HEINZ REINHARD,
LEIPZIG

Nach der griechischen Sage ist Cerberus ein dreiköpfiger Hund, der den Eingang zum Hades bewacht, wo die Toten wohnen. Noch nicht gänzlich ins Reich der Toten hinabgeglitten sind der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften als Besitzer von Gewerkschaftshäusern, insbesondere in Ostdeutschland. Doch dem Reich der Toten und der Unterwelt kommen sie mit dem am 18. Dezember 2006 trotz aller Proteste vollzogenen Verkauf von acht Gewerkschaftshäusern an die *Finanzanlagen-(private-equity)Gesell-*

Von **MARTIN LESCH**

schaft Cerberus schon beträchtlich nahe. Und zwar in mehrfacher Hinsicht:

Die Gewerkschaftsführung setzt sich mit diesem Immobiliendeal brutal über den von vielen Gewerkschaftsmitgliedern klar und deutlich artikulierten und politisch nur zu begründeten Willen hinweg, Herren in ihren Häusern zu bleiben. Hier offenbart sich eine zunehmende Entfremdung zwischen den Gewerkschaftsobersten und ihrer Basis, deren Beibehaltung schwere Lähmungserscheinungen bis hin zum politischen Ableben bewirken kann. Auch dass man die Gewerkschaftshäuser ausgerechnet an ein von Herrn Müntefering wahlkampfbedingt als „Heuschrecken“ bezeichnetes Unternehmen veräußerte, dürfte bei einigen Gewerkschaftsmitgliedern die Wut nicht gerade mindern. Noch schädlicher ist jedoch das praktizierte Schweigen über die wirtschaftlichen Hintergründe des Verkaufs.

Warum kam es zum Verkauf der Gewerkschaftshäuser?

2005 geriet die damals dem Beamtenheimstättenwerk (BHW) und der gewerkschaftlichen Beteiligungsgesellschaft (BGAG) gehörende Allgemeine Hypothekbank Rheinboden AG (AHBR) aufgrund platzender Immobilienspekulationsgeschäfte heftig ins Schlingern. Die Bonner Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sah sich veranlasst, die AHBR zu schließen, wenn deren Eigentümer nicht beträchtliche Summen Eigenkapital nachschießen würden. Die BGAG und das (damals zu 50 Prozent ebenfalls der BGAG gehörende) BHW mussten fast 2 Mrd. Euro in die AHBR nachschießen, um die Schließung zu vermeiden. Am 8. Dezember 2005 wurden dann mit einer Mitgift von über 800 Mio. Euro 87,9 Prozent der AHBR-Aktien an die US-amerikanische private-equity-Gesellschaft *Lone Star* abgegeben. Die Gesellschafter der BGAG, der DGB und die Einzelgewerkschaften, mussten ihrerseits Hunderte von Millionen



Cerberus – der Höllenhund fand Beute

Gewerkschaften als Immobilienbesitzer und Arbeitgeber: Glaubwürdigkeitsvernichtung pur!

Euro aufbringen, um den Kollaps der BGAG zu vermeiden. Mit dem Verkauf der Gewerkschaftshäuser und anderer gewerblicher Immobilien versuchen DGB und BGAG, die riesigen Löcher, die das AHBR-Debakel in den Gewerkschaftskassen hervorgerufen hat, notdürftig zu stopfen.

Mit welchen Abfindungen die für die Milliardenpleite verantwortlichen früheren AHBR-Manager verabschiedet wurden, ist bisher nicht bekannt. Auch wurde bisher nichts bekannt, ob und welche Konsequenzen dieser Finanzskandal für die von der BGAG, dem DGB und einigen Einzelgewerkschaften gestellten Aufsichtsratsmitglieder der AHBR hatte bzw. hat. Deren Kontrollpflichten scheinen, wie noch aus der Zeit des Neue-Heimat-Skandals erinnerlich, wohl überwiegend nach Art der berühmten drei Affen gehandhabt worden zu sein.

Solange sich die wütende Basis gemeinsam mit regionalen Spitzengewerkschaftern darauf beschränkt, die „politisch unsensiblen“ DGB- und BGAG-Obersten wegen des Verkaufs der Gewerkschaftshäuser – berechtigterweise – zu kritisieren, sich dabei aber kaum für die wirtschaftlichen Hintergründe des Schlammessels zu interessieren scheint, geschweige denn personelle und strukturelle Konsequenzen für die Aufsichtsräte zu fordern und durchzusetzen, solange bleibt zu befürchten, dass weiterhin millionenfach Mitgliederbeiträge versenkt werden können und die dafür direkt und indirekt Ver-

antwortlichen unbehelligt bleiben.

Gewerkschaften als Arbeitgeber – und die Tarifautonomie?

Die deutschen Gewerkschaften, ihre Tochterunternehmen und der DGB haben derzeit noch ca. 10 000 Angestellte. Deren kollektive Arbeitsbedingungen werden jedoch nicht, wie es die Gewerkschaften von allen anderen Betrieben und Verwaltungen völlig zu Recht fordern, in Tarifverträgen ausgehandelt und geregelt. Die Gewerkschaften als Arbeitgeber ziehen es in ihren eigenen Betrieben vor, mit den bekanntlich nicht zu Arbeitskämpfmaßnahmen befugten Betriebsräten die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaftsbeschäftigten in Betriebsvereinbarungen zu regeln. Mit derart zahnlosen Tigern ist es natürlich wesentlich leichter, den Willen der Gewerkschaftsarbeitgeber durchzusetzen, und so ist nicht verwunderlich, dass die innergewerkschaftlichen Gehaltsrunden zumeist ganz in der Nähe dessen enden, was die Gewerkschaftsarbeitgeber zu deren Beginn geboten oder gefordert hatten. Bei der Gewerkschaft ver.di bedeutet dies, dass seit deren Gründung (Juli 2001) bis heute keine tabellenwirksame Gehaltserhöhung für die Beschäftigten erreicht wurde. Und dies, obwohl die ver.di-Wahlangelegten (ca. 80 Bundesvorstands- und Landesleitungsmitglieder) sich schon im September

2001 fulminante Gehaltserhöhungen zwischen 61 und 100 Prozent im zuständigen ehrenamtlichen Gremium, dem Gewerkschaftsrat, hatten abknicken lassen.

Verhandlungen über kollektive Arbeitsbedingungen, die nicht auf gleicher Augenhöhe stattfinden, wenn die Arbeitnehmerseite nicht arbeitskampfberechtigt ist, hat das Bundesarbeitsgericht treffend als „kollektive Bettelei“ bezeichnet.

Die kollektive Bettelei in den Gewerkschaftsbetrieben wirkt sich jedoch nicht nur negativ im Bezug auf die Einkommensentwicklung und das Selbstbewusstsein der Gewerkschaftsbeschäftigten aus. Viel problematischer ist, dass die Gewerkschaftsführungen ein Paradebeispiel für die von den Neoliberalen immer wieder geforderten „betrieblichen Bündnisse“ abgeben. Das, was z. B. die Herren Westerwelle, Hundt, Wulff und Frau Merkel fordern, nämlich die definitive Entmachtung der Gewerkschaften als autonome und arbeitskampfberechtigte Tarifvertragsparteien durch die Übertragung ihrer wichtigsten Aufgabe, der Tarifpolitik, auf die nicht zum arbeitskampfberechtigten Betriebsräte, das praktizieren sie im eigenen Hause nunmehr schon seit über 50 Jahren. Obwohl es seit 1994 mit dem Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) eine tarifwillige Koalition in den Gewerkschaftsbetrieben gibt, weigern sich die Gewerkschaftsarbeitgeber, mit ihm in Tarifverhandlungen zu treten. In ihren Betriebsräten finden sie willige Erfüllungsgehilfen, diesen Verband klein und schwach zu halten; der Betriebsrat von ver.di Sachsen z.B. verwehrt externen VGB-Beauftragten den Zutritt zu Betriebsversammlungen. Und da viele Gewerkschaftsbeschäftigte Angst um ihre aufgrund stagnierender oder sinkender Beitragseinnahmen gefährdeten Arbeitsplätze haben, unterlassen sie in den Gewerkschaftsbetrieben lieber das, was die Gewerkschaftssekretäre „draußen“ den Beschäftigten in den anderen Betrieben und Verwaltungen predigen: Organisiert Euch, wehrt Euch gemeinsam ...

Unser Autor ist als Gewerkschaftssekretär bei ver.di in Leipzig beschäftigt. Infos zum Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB): www.derVGB.de



GEFUNDEN UND ZITIERT

Eine Goodwilltour an die New Yorker Wall Street absolvierte Bundeskanzler Schröder, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, vor der Verabschiedung von Hartz IV. "Es gibt ein großes Interesse in den Vereinigten Staaten an der Agenda 2010", erklärte Schröder im November 2003 nach einem Treffen mit Vertretern führender US-Banken. Zuvor hatte er eine Laudatio auf Sanford Weill gehalten: Der Chef der Citigroup bekam den "Global Leadership Award". Schröder, der - wie das Handelsblatt weiß - vor einem Rückflug aus New York "schnell mal in der Privatwohnung des mächtigsten Bankers der Welt speist", lobte den Preisträger und freundlichen Gastgeber enthusiastisch: „Ich bin stolz, diesen Mann meinen Freund nennen zu dürfen, einen Mann mit Mut, Prinzi-

pien und Visionen.“

Über diese Männerfreundschaft und deren Folgen ist bislang wenig bekannt. Nicht nur die Agenda 2010, son-

Die Plünderer kommen

KKR, CERBERUS, LONE STAR-ein neuer Investorentyp aus den USA entdeckt die Finanzoase Deutschland

dern auch die Steuerreform 2000 (steuerfreie Erlöse aus Unternehmensverkäufen) gehen nicht zuletzt auf die stille, aber erfolgreiche Lobbyarbeit der US-Finanzbranche zurück.

Die Investoren suchen sich die Schmuckstücke heraus, um sie - von allen „unnötigen“ Kosten befreit - nach kurzer Zeit wieder zu verkaufen. Und das scheint zu gelingen. Investcorp erzielt eine „durchschnittliche Rendite von 25 Prozent“...

Die Finanzinvestoren dringen auch in Bereiche ein, die bisher staatlich reguliert sind. Das gilt für die schon genannte Abfallentsorgung Duales System Deutschland (DSD), aber auch für öffentliche und genossenschaftliche Immobilienunternehmen. ... Die Finanzinvestoren Cerberus und Whitehall erwarben die Berliner Wohnungsgesellschaft GWS mit 65 000 Wohnungen. Auch kleinere Bestände werden nicht verschmäht: Cerberus übernahm 2 600 Wohnungen der Degewo, Lone Star kaufte 5 500 Plattenbauten in Berlin. Solche Immobilien versprechen hohe Renditen. ...

Auszehrung der vorhandenen produktiven und finanziellen Substanz in kurzer Frist – das ist das Geheimnis der Finanzinvestoren, die systematische Plünderung betreiben.

WERNER RÜGEMER
aus: Freitag 11.2.05

Die einstige Buchstadt Leipzig ist um ein Antiquariat reicher. Am Anfang der Bornaischen Straße, wenige Meter nach dem Connewitzer Kreuz, lädt jetzt das ROTE ANTIQUARIAT zum Stöbern und Kaufen ein. Dabei handelt es sich um eine Dependence des Berliner Hauptgeschäftes, das seit mehr als zehn Jahren in der Berliner Rungestraße residiert und mit seinem ausgezeichneten Angebot sozialistisch-proletarischer Literatur Bücherfreunde von weither anzieht. Nun also haben wir das ROTE ANTIQUARIAT in Leipzig – ein Glücksfall für die Stadt.



Foto. E. Schulz



Gute Vorsätze ...

... erfüllen sich manchmal ohne Anstrengung und man stöhnt trotzdem auf, wenn sie aus heiterem Himmel eintreffen. So passiert am ersten Arbeitstag des neuen Jahres im Bürgerbüro am Leipziger Burgplatz. Nummer gezogen, sich gefreut, dass nur acht vor einem ihr Anliegen vortragen werden. Aber plötzlich gab es unerwartet viel Zeit, denn nichts ging mehr, weil die Computer streikten. Mensch, da bist Du machtlos, ganz gleich ob vor oder hinter dem Schreibtisch. Endlich Zeit, die ich mir so für das neue Jahr gewünscht hatte. Das würde dauern, ahnten die Bürger-Büro-Bediensteten, denn die Computerfirma meldete eine Überlastung ihrer Monteure. Offenbar hackerte es auch anderswo. Einem Knirps neben mir wurde es zunehmend langweiliger und er nervte mit der Zeit: „Wann ist denn nun Ostern?“ „Weiß ich nicht ... ich glaube im April!“ – raunzte Mammi zurück. „Aber die Osterhasen stehen sicher schon morgen neben den alten Weihnachtsmännern im Regal ... furchbar ist das!“ ergänzte die Nachbarin meiner Nachbarin auf der Wartebank. Zwei Teenies verdrehten bei diesen Zeitproblemen die Augen und tasteten an ihren Handys, um irgendetwas mitzuteilen, dass heute sowieso alles zu spät ist. Alle hatten Zeit und konnten sie einfach nicht gebrauchen ...

Euer Lipsius



Reale und irre Blicke zu „Leben und Sterben“

Der Fotograf Thomas Steinert bittet ins Connewitzer Welttheater



Abriß Wohnhaus, Wolfgang-Heinze-Straße, 1972

Anfang der achtziger Jahre kamen Aplanungen ins Stocken, den alten Ortskern Connewitz abzureißen. Bereits leergelenkte Gebäude wurden durch Hausbesetzer belebt und ganze Straßenzüge in der Studenten- und Künstlerszene beliebt. Mit Ausstrahlung weit über alte Stadtbezirksgrenzen hinaus. Mittendrin Thomas Steinert – frischgebackener freiberuflicher studierter Fotograf – und dem Gespür für eine sich total ändernde Welt, deren Richtung noch nicht festgeschrieben werden konnte.

Junge Leute, die aus der ganzen Republik kamen, hatten ihr Schicksal selbst in die Hand genommen ...

Das nährte meinen Glauben, es gäbe Kräfte, die den real existierenden Sozialismus reformieren könnten.

*Erinnerung
Thomas Steinert (anno 2006)*



Party mit Rock and Roll, Arno-Nitzsche Straße, 1988



Musikstudent auf Balkon, Grundstück Grassi-Straße, 1976

Beim „Lesen“ und „Sehen“ der mitunter auch inszenierten Bilder bekommt man Probleme mit dem Weiterblättern, weil die Motive oft so hintergründig dem Leben abgeschaut, ja, abgetrotzt sind, dass man immer wieder versucht ist, die eigenen Sichten daneben zu legen. Der Buchtitel untertreibt übrigens, denn es gibt nicht nur Connewitzer Welttheater. Steinerts Kamera entdeckt auch sehr viele lebenspralle „Szenen“ aus anderen Stadtteilen. Wer jetzt in Leipzig „lebt und liebt“, ganz gleich welchen Jahrgangs, darf dieses „Theater“ nicht übersehen.

• M. Z.

Thomas Steinert. „Connewitzer Welttheater Fotografien 1969–1994“ Hrsg. von Mathias Bertram. Lehmann Verlag, Leipzig 2006. 127.S., 19.90 Euro.



Hof in der Prinz-Eugen-Straße, 1988

Wer ist wertlos, wer ist wertvoll in unserer Gesellschaft? – „Ein jeder gibt den Wert sich selbst“, heißt es in Schillers „Wallenstein“. Trotzdem steht die Frage: Wer gibt sich schon selbst aus freien Stücken keinen Wert? Und wie ist es mit dem eigenen Lebensgefühl, wenn man sich missachtet, ausgegrenzt oder schikaniert fühlt durch die Gesellschaft? Auch durch solche Fragen:

- Bist du kreditwürdig? Oder Schuldner?
- Hast du Courage? Oder denkst du dir deinen Teil?
- Ist dir Kunst was wert? Oder ist sie zu teuer?
- Fürchtest du dich vor Hartz IV? Oder tanzt du aus der Reihe?



Diese und andere Fragen stellt das Leben hierzulande und in diesem speziellen Fall fragen auch das Schauspielhaus und Lindenfels mit Inszenierungen beim WERTLOS-FESTIVAL im Februar 2007. Hauptdarsteller sind u.a. Leute, die scheinbar oder real am Rande der Gesell-

schaft stehen, couragierte Wertlose, die – unglaublich! – aus der Reihe tanzen und dem großen Ganzen, das ihnen offenbar keinen Platz mehr einräumen will, ein Schnippchen schlagen. Die WERTLOS-Reihe umfasst acht Inszenierungen, die zwischen September 2006 und April

2007 entstehen. Zwei davon zeigt auch die Schaubühne Lindenfels. Die Kooperation zwischen beiden Theatern entstand durch das Interesse am Thema und nicht zuletzt deshalb, weil gerade auch in den Straßen und Häusern rund um die Schaubühne Lindenfels seit Jahren soziale Umbrüche und Wertungen das Leben bestimmen. Auch LN berichtete auf dieser Seite und in der letzten Ausgabe des Jahres 2006 über diese Geschehnisse und die entsprechenden Reaktionen.

Wer weiß übrigens noch, dass der wechte Hauptmann von Köpenick seinerzeit im Schloss Lindenfels vor Arbeitern über die Verkommenheit des Preussenstaates diskutierte. 100 Jahre später gibt es das entsprechende Theaterstück als WERTLOS-Inszenierung im Schauspielhaus. 2007 beschreiben weniger Berühmte ihre Erfahrungen mit dem Leben zwischen Ämtern und ARGE, zwischen Angst und Hoffnung auf dieser Seite von LN. • - CK

Vielleicht Tabletten gegen Arbeitslose?

Sich über das Leben in Deutschland zu erregen und dann seinen vollen Namen nennen – noch dazu, wenn man weiter auf Arbeitssuche ist – das scheint auch Frau R. nicht geboten. Lediglich im Leipziger Erwerbslosenzentrum, bei den Interessenvertretern für Arbeitslose, konnte sie sich erlauben, offen ihr Herz auszuschütten über die zunehmende Armut, die ihre, aber auch die Würde aller Menschen verletzt. Vom Erwerbslosenzentrum bekamen wir, mit dem Einverständnis von Frau R., diesen Text:

Ich weiß, wovon ich schreibe, denn ich gehöre zu den ganz großen Verlierern der deutschen Einheit, die sich erlaubt haben, über 50 Jahre alt zu werden und aus dem Arbeitsleben ausgegrenzt wurden, wie ein altes Möbelstück.

So euphorisch ich am Anfang der Deutschen Einheit war, so schnell habe ich auch begriffen, dass wir jetzt in dem Kapitalismus angekommen sind, vor dem man uns in der Schule gewarnt hat. Jetzt erleben wir ihn täglich mit all seiner Brutalität. Wir fristen als ALG-II-Empfänger ein menschenunwürdiges Dasein und werden systematisch kaputt gespielt. Auch als ehemalige starke Löwe-Frau mit einem starken Willen und eiserner Energie gehe ich hier langsam zugrunde und sterbe jeden Tag ein wenig mehr, obwohl ich mich nie aufgeben wollte.

Die Ungerechtigkeit in diesem sogenannten Sozialstaat ist derart groß, dass man es einfach nicht fassen kann, was sich die Volksvertreter so ausdenken, um den Menschen, die nach einem langen Berufsleben mit 55 Jahren gekündigt werden, weil viele Firmen bzw. Niederlassungen geschlossen werden, um Kosten zu sparen. Keine Spur einer Chance, wieder integriert zu werden, trotz guter Ausbildung (ehemalige Büroleiterin eines Vertriebsbüros im Bauwesen). Es macht mich ungeheuer wütend, dass man dem Ganzen so wehrlos ausgeliefert ist, trotz Hunderten von Bewerbungen und jetzt bis zum Alter von 65 Jahren ein erbärmliches Leben mit HARTZ IV ertragen muss. Denn wer

kann sich Rentenabschläge von 18 Prozent leisten, ohne gänzlich an der Armutsgrenze dahin zu vegetieren. Ich bin jetzt 58 Jahre, lebe aufgrund von HARTZ IV allein, meine Ehe scheiterte auch an dem Arbeitslosenproblem wie so viele. Ich kann keine Nacht aus Angst vor der Zukunft mehr schlafen, habe Alpträume und war bereits wegen Depressionen in Behandlung, aber ohne Erfolg, denn dieses Problem können Ärzte nicht lösen.

Ich verwünsche den Tag, an dem wir der Bundesrepublik Deutschland angegliedert wurden, ohne alles zu beschönigen, was in der DDR nicht rechtens war. Mein Mann und ich führten ein glückliches Leben, wir hatten eine Arbeit, die

Menschen, die über ein Potential an Wissen, Erfahrung verfügen, aber eben für das Leben zu alt und zum Sterben zu jung sind.

Wann verteilt man eigentlich Tabletten, um sich dieser Personen zu entledigen und das Arbeitslosenproblem zu lösen? Entschuldigen Sie meinen Sarkasmus, aber was ich täglich erlebe und auch auf dem Arbeitsamt und der Arge sich abspielt, das ist nicht mehr feierlich. Arbeitgeber nutzen die Not der Menschen nach allen Regeln der Kunst aus, es wird nur noch Billiglohn gezahlt, bei ständig steigenden Preisen, teilweise lässt man wochenlang umsonst arbeiten. Wir haben jetzt eine moderne Sklaverei und

langen Berufsleben nicht vorgestellt, und das haben die Menschen auch nicht verdient. Wäre ich jünger, würde ich dieses Land verlassen. Leider kann nicht jeder Politiker oder Beamter werden. Wieso können Postbeamte mit 55 Jahren in den Ruhestand gehen?

Ich bin glücklich, dass ich in der DDR wenigstens eine ruhige Kindheit erleben konnte in einem behüteten Elternhaus, ich besuchte die Kinder- und Jugendsportschule, trieb Leistungssport und Kameradschaft war für uns kein Fremdwort. Heute man hat das Gefühl, dass derartige Werte gar nicht mehr vermittelt werden. Wie soll da der soziale Frieden gewahrt bleiben?

Ich schätze Herrn Otmar Schreiner von der SPD, Frau Petra Pau von der Linkspartei, die auch einmal Tacheles reden und versuchen, die „kleinen“ Leute zu bestärken. Aber leider haben sie zu wenig Unterstützung. Dennoch, ich will weiter gegen dieses Unrecht in einem Staat angehen, der sich weder „sozial“ noch „christlich“ bezeichnen sollte, bloß weil man die Leute nicht verhungern lässt.

Die Würde der Menschen ist unantastbar heißt es, aber wie wird hier mit der Würde verfahren! Das Recht auf Arbeit sollte jeder haben oder ein Leben ohne Ausgrenzung vom täglichen Leben. Wovon sollen meine Jahrgänge im Alter leben? Denn so viel konnten wir in den wenigen Jahren mit Arbeit nach der Wende gar nicht verdienen, dass es lange reicht und wovon sollen wir bitte vorsorgen, wenn wir gerade überleben können? Mir bleiben von 345,-€ bei Abzug aller Festkosten, wie Kabelfernsehen, Telefon, (ich zahle noch GEZ, Monatskarte usw. gerade zum Leben 86Euro. Das ist menschenunwürdig und da will man immer noch kürzen.

Was ist das für ein erbärmlicher Staat? Bei gerechter Verteilung würde es für alle reichen. Arbeitslose profitieren nie von Weihnachts-, Urlaubsgeld, Tarifierhöhungen usw., so geht die Schere immer weiter auseinander. Das Leben gleicht einem Glücksspiel: Hast du Arbeit oder hast du keine? Bist du arm oder bist du reich?

Hartz ist kriminell!



Wie jetzt?
Die „Sozialreform“,
Peter oder beide???

Michael K. Dobisch

uns gefiel, eine schöne Plattenbau-Neubauwohnung, führen jedes Jahr in den Urlaub, wenn auch nur an die Ostsee oder nach Thüringen, Erzgebirge usw. Aber diese Ausgrenzung vom täglichen Leben, wo man sich kein Kino, keinen Theaterbesuch mehr leisten kann, das kannten wir nicht. Selbst Vorsorgeuntersuchungen, wie Mammographie sind aus Kostengründen nicht mehr möglich. Das ist ein Zustand, der mir Angst macht, aber es wird täglich schlimmer. Welch eine Schande für dieses doch so reiche Land mit seinen eigentlich fleißigen

mit sozial und Menschlichkeit hat das schon lange nichts mehr zu tun.

Zum Thema „HARTZ IV – Fördern und Fordern“: Ich habe seit mehr als drei Jahren meiner ständigen Bemühungen um einen Arbeitsplatz nicht eine Maßnahme, wie ABM, Umschulung, Weiterbildung usw. erhalten, nicht einmal ein Computerlehrgang war drin aufgrund meines Alters. Ich verstehe die Welt nicht mehr. Ich weiß nicht, wie ich die sieben Jahre bis zur Rente ertragen soll.

So haben wir uns das Leben in der reichen Bundesrepublik und nach einem

Dokumentiert:

„Wollen Sie Gutes für das Land, dann sollten Sie sich auf uns einlassen“

Peter Porsch, Linksfraktionschef im sächsischen Landtag zur Haushaltsdebatte

Sachsens Parlament versammelte sich am 12. Dezember vergangenen Jahres zur Haushalts-Generaldebatte. Sucht man darüber handhabbare Informationen, wird man bei der Linkspartei fündig. Vor allem in der Rede deren Fraktionschef Prof. Peter Porsch. Er stellte seine Ausführungen unter den Titel: „Lieber um schuldenfreie Bürger als um schuldenfreien Staat kümmern – potemkinsches Dorf ‚schwarze Null‘ / Verstöße gegen Verfassung und Missachtung des Parlaments“.

Da kam allerhand zusammen. Aber Dreh- und Angelpunkt, auf den er immer wieder zurückkam, war die in die Sackgasse gesteuerte christdemokratische Bildungspolitik von der Kinderkrippe bis zur Universität, der sich die SPD trotz manch anderer Wahlansage nicht ernsthaft widersetzt. Hier einige kurze Auszüge aus Porsch's Rede:

Was soll man eigentlich von einer Partei halten, die erst kürzlich auf einem Bundesparteitag in Dresden beschloss, das Vorschuljahr zur Pflicht zu erheben, und sich zugleich weigert, im maßgeblich von ihr zu verantwortenden Landeshaushalt des Freistaates Sachsen Geld für ein kostenloses Vorschuljahr einzustellen? Das an ein- und demselben Tag, an ein- und demselben Ort! Was haben Sie nur für einen

Koalitionspartner, meine Damen und Herren von der SPD? Nun gut – es ist Ihre Sache!

Es ist auch Ihre Sache, wenn Sie in den Verhandlungen um den Einsatz unerwartet geflossener zusätzlicher Steuereinnahmen die Finanzierung eines kostenlosen Vorschuljahres verlangen, vom Partner aber die Aufstockung des Pensionsfonds für Beamte aufgezwungen bekommen und Herr Pecher von der SPD-Fraktion das dann frischfröhlich und forsch IKEA-Effekt nennt. O-Ton Pecher: „Man geht hinein, um ein Bett zu kaufen, und kommt mit einer Schrankwand heraus.“ Schlafen Sie ruhig weiter, Herr Pecher, in der Schrankwand. Aber passen Sie auf, dass Sie nicht noch eines Tages mit dem Vogelbauer Bier holen, weil es bei IKEA gerade kein anderes Gefäß gibt.

Kredite beleben die Wirtschaft

Sie haben nicht mehr zu bieten als Ihre Vertrauensseligkeit in die horrenden Irrtümer und ständigen Korrekturen bei der Steuerschätzung und in der Folge dieses potemkinsche Dorf des Verzichts auf Neuverschuldung. Sie suggerieren damit einen Spitzenhaushalt und verdecken dahinter doch nur das Nichts bezüglich der Bewältigung vieler drängender Probleme. Sie verzichten auf gestaltende Politik, verteilen für Sie überraschend ins Haus gekommenes Geld wie Nikolaus, Weihnachtsmann und Osterhase zusammen und flüchten sich in die Eleganz haushälterischer Rechenkunststücke. ...

So sehr es richtig ist, dass man nicht mehr Schulden machen

sollte, als die eigene Leistungsfähigkeit verträgt, um nicht in eine Schuldenfalle zu tappen, so richtig ist doch auch, dass heute Kredite ganz selbstverständlicher Bestandteil von Wirtschaftstätigkeit, ja wichtige Faktoren zur Erhöhung der Wertschöpfung sind. Das gilt für Wirtschaft, für privat und für Staat. ... Denn trotz geringerer Schuldenlast geht es in Sachsen nirgends wirklich und entschieden besser als in den anderen neuen Bundesländern. Sachsen braucht also eine andere Politik! Sachsen braucht eine Politik, die zum einen versucht, Menschen im Land, in den Regionen zu halten, zum anderen Menschen in das Land zu holen, ihnen Lebensperspektiven zu bieten. Deshalb ist eine Politik gefragt, die auf regionale Steuerung, regionale Verantwortung und regionale Akteure setzt. Nicht zuletzt, weil es mit einem solchen Ansatz auch möglich ist, mit passenden Angeboten auf soziale Probleme vor Ort so zu reagieren, dass soziale Folgekosten sinken und nicht steigen.

An geistiger Vorsorge fehlt es im Land

Wir nehmen die demographische Entwicklung als vorrangiges Problem ernst. Deshalb wollen wir eine Politik, die auf mehr soziale Gleichheit und mehr individuelle Freiheit setzt. Eine solche Politik berücksichtigt, dass eine Gesellschaft als Ganzes nicht zuerst finanziell, sondern vor allem geistig – immateriell und materiell – Vorsorge trifft. Nicht wechselseitige Zahlungsansprüche sichern ausreichend Zukunft, sondern gebildete Menschen,

Infrastrukturen und Produktionsmittel. Warum werden nicht schon heute allen Kindern und Jugendlichen – unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern – optimale Entwicklungschancen geboten, wenn sie es doch sind, die in den kommenden Jahrzehnten die Hauptlast zu tragen haben? Und jetzt beantworten Sie mir die Frage, warum Sie kein kostenloses Vorschuljahr wollen, dafür aber lieber eine gute Dividende beim Pensionsfonds für Beamte absichern?

Beamtenabsicherung geht vor

Ich sage Ihnen warum: Weil für Sie von der CDU seit 16 Jahren die Absicherung Ihrer Herrschaft durch einen schwarzen Beamtenapparat wichtiger war als die Zukunft des Landes. Für die Zukunft der Beamten und ihrer Pensionen stehen Sie in der gesetzlichen Pflicht, sich für unsere und unserer Kinder und Enkelkinder Zukunft in die gleiche Pflicht zu nehmen haben Sie sich bisher verweigert und werden Sie sich wohl auch weiterhin tapfer verweigern. Und, Herr Ministerpräsident, das kostenlose Vorschuljahr hat natürlich etwas mit Qualität zu tun, mit der wichtigsten Qualität eines Bildungssystems: mit der Qualität der Chancengleichheit. Die Qualität, die Sie finanzieren, ist Qualität für Auserwählte. ...

Wo ist ein Land eigentlich hingekommen und was ist seine Regierung eigentlich wert, wenn ein Verwaltungsgericht einem Realschüler wegen übermäßigen Stundenausfalls eine zweite Prüfungschance zubil-



ligt. Geurteilt hat das Gericht im Einzelfall. Sichtbar geworden ist ein System. Deshalb lassen Sie mich am Anfang beginnen – und wenn das schon nicht bei der Geburt ist, denn ab da werden Menschen gebildet und beginnen zu lernen, so doch wenigstens im Vorschulalter.

Der Ministerpräsident hat ja die Bedeutung der vorschulischen Bildung schon vor einiger Zeit entdeckt. Dass das auch Geld kostet, will er freilich nicht so sehr wissen bzw. meint er, man könne finanziell die frühkindliche Bildung gegen die universitäre ausspielen. So würde man aber – lassen Sie sich das sagen – nicht aller Sorgen ledig, sondern im Gegenteil man schüfe sich neue. Von großen Schritten zur konsequenten Umsetzung des Bildungsanspruches im Vorschulbereich sind wir weit entfernt. Weder die 30 Millionen für ein kostenfreies Vorschuljahr, das beliebte Werbebanner der SPD, noch die 30 Millionen für den kostenfreien Hort finden sich im Haushaltsentwurf. Und auch die ca. 30 Millionen, die nötig sind um den Betreuungsschlüssel in den Kitas so zu verändern, dass die Erzieherinnen und Erzieher auch über die notwendigen Vor- und Nachbereitungszeiten zur Umsetzung des Kita-Bildungsplans verfügen würden, suchen wir vergeblich. Mit Letzterem wäre jedoch genau jener Qualitätsprung gesichert, den sich die CDU in Sachen Kita auf die Fahne geschrieben hatte. All das tun Sie aber nicht. ...

Zwischenüberschriften LN

19. Dezember

Freiberg. Der Münchner Unternehmer Peter Krüger überträgt der Freiburger Bergakademie einen Teil seines millienschweren Immobilienvermögens. Das ist die bisher größte private Spende für eine staatliche Hochschule in Deutschland.

Großsteinberg. Die Polizei sichert bei einem 25-Jährigen vier Kilogramm Rauschgift im Wert von 30 000 Euro.

21. Dezember

Breitenau. Bundesminister Tiefensee und sein tschechischer Amtskollege Rebicek eröffnen der letzte Teilstück der A17 via Prag auf deutschem Boden und einen weiteren Abschnitt bis Ustí nad Labem.

22. Dezember:

Dresden. Die AOK Sachsen gibt die Erhöhung ihres Beitragssatzes um 0,9 auf auf 12,9 Prozent des Bruttoeinkommens bekannt. Knapp die Hälfte der Sachsen ist bei der AOK versichert.

23. Dezember

Leipzig. Kurz vor Weihnachten werden die Arbeiten am City-Tunnel im Haupt-

bahnhofsvorfeld auf unbestimmte Zeit gestoppt. Grund: Gefährliche Risse in einem Gebäudeensemble neben der Baustelle.

24. Dezember

Leipzig. Polizei nimmt vier mutmaßliche Brandstifter fest. Ingesamt 329 Mal rückt die Feuerwehr bis Weihnachten 2006 aus, um vorsätzlich gelegte Brände zu löschen. Zuvor waren es im Schnitt 200 derartige Vorfälle jährlich.

27. Dezember

Lausitz. Wölfe machen Schlagzeilen, fast jede Woche reißen sie ein Schaf. Ingesamt töteten sie im abgelaufenen Jahr 23 Tiere. Tierschützer erklären, nur ungeschützte vereinzelt Schafen seien eine leichte Beute für den Wolf.

30. Dezember

Dresden. Die sächsische Hauptstadt ist

SACHSEN-CHRONIK

(19. Dezember bis 8. Januar)

laut einer Studie (im Auftrag des Kölner Wirtschafts magazins *Capital*) aussichtsreichster Wirtschaftsstandort im Osten. Bundesweit rangiert die Elbestadt auf Platz 16, Leipzig folgt auf Platz 17.

Dresden.

1. Januar. Sachsens Verbrauchern drohen deutlich höhere Strompreise. Die Bundesnetzagentur genehmigte Vattenfall überraschend höhere Netzentgelte, nachdem sie gerade eine 18-prozentige Kürzung verfügt hatte. Die Stadtwerke Leipzig und EnviaM beziehen u. a. Strom von Vattenfall.

2. Januar

Leipzig. Pfarrer Christian Wolff, Vorsitzender des Vereins Thomaneum, gibt für Januar nach längeren Finanzierungsproblemen den Baustart zur Sanierung eines Gründerzeithauses bekannt, in das das

künftige internationale Musik-Zentrum Forum Thomaneum einziehen soll.

3. Januar

Leipzig. Red Bull wird wahrscheinlich doch nicht beim Oberligisten FC Sachsen einsteigen. Insider sehen als Grund dafür, dass die milliarden schweren Österreicher eine Umbenennung des Klubs nicht durchsetzen konnten.

4. Januar

Leipzig. Robby Clemens startet seine 23 000 Kilometer lange Weltumrundung und wird vom OBM Burkhard Jung verabschiedet. Die „Charity“-Tour, die ein Weltrekordversuch sein soll, kostet 400 000 Euro.

6. Januar

Dresden. Fischteichwirte erwarten von Dresden ein Gesetz, das in Sachsen den Abschuss von Kormoranen erlaubt.

8. Januar.

Dresden. Der Vorstand der sächsischen SPD-Landtagsfraktion schiebt den bisherigen Amtsinhaber Cornelius Weiss, obwohl er bereits 73 ist, ohne Gegenkandidaten in die am 19. Januar stattfindende Wahl des Fraktionsvorsitzenden.

Sie nimmt Gestalt an, die Gründung einer Partei unter dem Namen „Die Linke“. Die Entwürfe für Programm und Statut sind öffentlich, und mit der Umwandlung der Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) und der Linkspartei. PDS in eingetragene Vereine wurden auch mögliche juristische Hürden genommen. Die Akteure wissen um die Bedeutung der einzig echten Ost-West-Fusion im linken Parteienspektrum der BRD. Ob das bevorstehende Ereignis aber schon im Vorhinein lautstark als „historisch“ bezeichnet werden kann, sollte besser der Zukunft überlassen bleiben.

Die der Linkspartei. PDS nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen begleitet den Parteibildungsprozess auch mit Publikationen. Zu ihnen gehört ein Sammelband, der kürzlich in der Reihe Texte zur politischen Bildung erschien.

Er wendet sich an alle, welche sich für die Parteibildung und -fusion in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung interessieren. Ans Herz gelegt sei er vor allem jenen, die im Parteibildungsprozess Verantwortung tragen.

Autoren der Aufsätze sind Wolfgang Schröder, Jutta Seidel, Kurt Schneider,

Von **KARL NUSS**

Klaus Kinner, Günter Benser und Stefan Bollinger. Die Palette der Themen reicht von der Gründung der ersten Arbeiterparteien über SPD, USPD, KPD und VKPD bis hin zur Vereinigung von SPD und KPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946. Aus der Vielzahl der im Sammelband vermittelten historischen Erkenntnisse kann nur eine begrenzte Auswahl getroffen werden.

1. Nach allem, was hinter uns liegt, liegt nahe, gleich Hegel resignierend zu sagen, die einzige Lehre der Geschichte für die Gegenwart besteht darin, dass Völker, Staaten und Parteien „aus ihr nichts lernen“. Andererseits aber sagt der Volksmund „Durch Schaden wird man klug“. Warum sollte man auf das Klug werden verzichten?

Damit sich bekannte Fehler also nicht wiederholen, stellt Klaus Kinner „Warntafeln“ auf. Auf einer steht sinngemäß: „Hüte dich davor, Lehren aus der Vergangenheit mit Hoffnungen und Wünschen für die Zukunft zu verbinden“, auf einer anderen steht: „Vermeide jede ‚legitimistische und ideologische‘ Prägung historischer Erkenntnis“. Nun aber leben wir in einer Zeit, in der uns gerade Derartiges alltäglich gegenüber tritt, in Funk, Fernsehen, Printmedien und Literatur. Die heutige Bundesrepublik lebt selbst mit nicht wenigen eigenen Legitimationsproblemen und dazu ist sie auch noch eine in sich tief gespaltene Gesellschaft. Die von Kinner im Vorwort formulierten Imperative werden in einer Zeit faktischer Alleinherrschaft neoliberalen Zeitgeists, eines ausufernden politisch religiösen Fundamentalismus, dazu einer ständigen pseudowissenschaftlich aufgemachten Verharmlosung des Hitlerfaschismus und seiner Verbrechen, wohl fromme Wünsche bleiben müssen. Überfällig ist, dass die neue Linke sich ermannt, ihr eigens und zwar wissenschaft-

lich begründetes Bild von der Geschichte der Arbeiterbewegung und beider deutscher Staaten auszuarbeiten.

Wenn Stefan Bollinger feststellt, die „Eckpunkte“ seien mit ihrem historischen Blick „zu sehr fixiert auf berechtigten Antistalinismus“, sie würden die „Tücken von über 100 Jahren Reformpolitik“, Mitwirkung im parlamentarisch-demokratischen System, Leistungen im Kampf um Arbeit, Löhne, gleiche Rechte, Emanzipation“ ignorieren, dann unterstreicht das die Notwendigkeit, die eigene historische Sicht aus der bisherigen Defensivposition zu befreien..

Klaus Kinner scheint das alles zu ahnen, wenn er schreibt: „Das einzig sichere

Selbstlosigkeit, Charisma und Überzeugungskraft aufbringen kann, dass aus dieser noch schmalen unsicheren Basis eine wirksame Gegenkraft gegen neoliberale Politik wächst.

3. Nicht nur in der Arbeiterbewegung gilt die Erfahrung, dass Parteien, die verschiedene Strömungen repräsentieren, bevor sie sich vereinigen, besser erst einmal programmatisch von einander abgrenzen. Was am Ende zustande kommt, ist sicher ein Kompromiss, der hoffentlich nach vorn weist.

So sieht beispielsweise Stefan Bollinger im Entwurf für das neue Parteiprogramm der Linken aber eher die Absicht, „Ecken

Profil von anderen im Parlament vertretenen Parteien. In den trüben Zeiten der Spaltung ging die Abgrenzung (z. B. „Sozialfaschismus“ als Synonym für die SPD) bis hin zum Antagonismus.

Programm und Statut der neuen Linkspartei müssten sich also, ähnlich eindeutig von allen anderen Parteien im heutigen Parteiensystem unterscheiden. Für die Linkspartei. PDS gilt, entweder dem keimenden Trend zum Sozialdemokratismus nachzugeben, wodurch sie sich überflüssig machen würde oder sich wie bisher, eindeutig als antikapitalistische sozialistische Linke zu definieren.

5. Einer der Hauptfehler der kommuni-

Die Linke kommt ...

Gedanken zu einem Sammelband der Rosa-Luxemburg-Stiftung über den Parteibildungsprozess

Wissen über unsere Zukunft ist unsere Kenntnis der Vergangenheit, so relativ sie auch ist“. Man könnte es auch etwas deutlicher sagen: Eine Gesellschaft, ein Staat oder eine Partei, welche sich zu ihrer eigenen Geschichte nicht kritisch bekennt, ist nicht lernfähig, gibt sie sich ihr gegenüber gar ignorant, ist sie gesichtslos und blind gegenüber dem Heute und Morgen.

So steht die neue Partei auch vor der Entscheidung, ob sie sich aus ihrer Verwurzelung in der Geschichte der wesentlich marxistischen deutschen Arbeiterbewegung herausmogeln will oder bereit ist, sich in kritischem Rückblick zu ihr positiv zu bekennen.

2. Parteibildungen und -fusionen erwachsen in der Geschichte der Arbeiterbewegung stets aus einem breiten Bedürfnis nach organisatorischer Vereinigung. Zuweilen waren einschneidende Veränderungen in den Lebensbedingungen, gravierende gesellschaftliche Einschnitte, staatliche Repressalien Auslöser. Die deutschen Arbeiterparteien waren tief in ihrer sozialen Basis verwurzelt, kämpften mit Selbstlosigkeit und großem Einsatz für die Rechte der ausgebeuteten Massen. Der Erfolg ließ sie meist zu Massenparteien werden.

Der Zusammenschluss von WASG und Linkspartei. PDS kann auf einer ähnlich klassifizierbaren sozialen Basis nicht aufbauen, denn diese ist nicht eindeutig definierbar. Geblieben ist der Gegensatz von Kapital und Arbeit. Er tritt aber in einer völlig veränderten Sozialstruktur der Gesellschaft nicht so augenscheinlich hervor. „Arbeitnehmer“ nennt man alle, die ihre Arbeitskraft als Ware auf dem „Arbeitsmarkt“ feilbieten müssen. Nun allerdings zerstört neoliberale Politik den für unverrückbar gehaltenen jahrzehntelangen Konsens von Kapital und Arbeit, der sich bisher im Sozialstaat manifestierte. Die Fusion der beiden linken Parteien geschieht vor diesem Hintergrund. Der historische Moment, in dem sie angestrebt wird, ist der einer wachsenden Polarisierung der Gesellschaft und gleichzeitigen Erosion des steril gewordenen repräsentativen Parteiensystems. Gut 90 Prozent der Bürger haben kein Vertrauen in die Großkonzerne. Wähler kündigen den Parteien, die Linkspartei. PDS eingeschlossen, ihr Vertrauen auf. Die Millionen durch neoliberalen Wirtschaftskurs pauperisierten, verharren in Lethargie. Was man einst als Klassenbewusstsein bezeichnete, ist verschüttet. Ein schweres Stück Arbeit wartet da. Man wird sehen, ob die neue Linkspartei so viel Mut,

glätten zu müssen, sich dem Heute und Morgen zuwenden und (zu) träumen“. Und Günter Benser hebt in seiner Untersuchung zur Vereinigung von SPD und KPD 1946 hervor, dass in einem Parteibildungsprozess keine Partei versuchen darf, die andere zu dominieren.

In den Beiträgen kommt die Rolle von Persönlichkeiten in Parteibildungsprozessen zum Ausdruck. Wissenschaftliche Bildung, politische Erfahrung und Ausstrahlung, die Fähigkeit Mitglieder und Anhänger zu überzeugen und zu motivieren, ja mitzureißen sind sehr wichtige Ursachen von Erfolg. Komplizierte charakterliche Eigenschaften und Rivalität-

stischen Parteien bestand darin, dass sie stets von einer falschen Beurteilung des Kapitalismus ausgingen, das Endziel zur Tagesaufgabe machten obwohl die Bedingungen für seine Verwirklichung noch nicht existierten. Hier und Heute ist Kampf gegen die schlimmsten Auswirkungen des Neoliberalismus, die Demontage des Sozialstaats, gegen Militarisierung und Kriegspolitik angesagt. Schon dadurch würde die heutige Gesellschaft verändert, das Leben der Menschen im Kapitalismus erträglicher, dann würden auch Möglichkeiten zur Transformation der Gesellschaft reifen. Wenn also etliche Mitglieder der WASG für den Kampf gegen Neoliberalismus sind aber dem Begriff demokratischer Sozialismus distanziert gegenüber stehen, so müsste im Parteiprogramm dennoch eine deutliche Unterscheidung von Endziel und relevanten Zielstellungen für die Gegenwart festgeschrieben werden. Die nächsten Ziele könnte man in die Form eindeutiger und verständlicher Forderungen kleiden.

Die vereinte Linkspartei darf nicht monolithisch werden, sie soll pluralistisch sein. Und das bedeutet, dass, wer mit verschiedenen Programmaussagen nicht harmonieren kann, in ihr doch seine politische Heimat finden kann. Es kommt dann auf die Kultur des Umgangs miteinander und die Unterordnung unter Verwirklichung des Mehrheitsprinzips an. Die Verfasser der „Eckpunkte“ vermeiden mit Rücksicht auf diese Situation eine klare Begriffsbestimmung des Endziels. Immerhin aber findet sich im Entwurf des Programms der Satz, die Linke strebe eine Gesellschaft an, „in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der Entwicklung aller wird, die über den Kapitalismus hinaus weist, die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet“.

Für jeden, der klare Begriffe liebt, fehlt damit das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus als Endziel, weil er befürchtet, ohne dies könnte eine Linkspartei Gefahr laufen, zum integrierten Bestandteil eines Systems zu werden, das sie selbst überwinden will

So steht die neue Partei auch vor der Entscheidung, ob sie sich aus ihrer Verwurzelung in der Geschichte der wesentlich marxistischen deutschen Arbeiterbewegung herausmogeln will oder bereit ist, sich in kritischem Rückblick zu ihr positiv zu bekennen.

ten, können andererseits manches zerstören. Das ist wohl unter den heutigen Linken ein prekäres Problem. Der Partei mangelt es an wirklichen theoretischen Köpfen. Seitdem die Linkspartei erfolgreich ist, zieht sie auch profilierungssüchtige, Karriere versessene Postenjäger an. Zu Amt und Würden gelangt, demonstrieren sie fortgesetzt das große Ansehen der wenigen charismatischen Talente, die die Partei besitzt. Wenn Oskar Lafontaine eine klare offene Sprache spricht, reihen sie sich sogar in den Chor der politischen Gegner ein und denunzieren sie ihn des Populismus.

4. Fast alle historischen Parteiprogramme der deutschen Arbeiterbewegung enthalten im Anschluss an eine kurze und sehr präzise Analyse zur Lage der arbeitenden Klassen eine eindeutige Charakteristik ihres Endziels, das sie als eine von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite Gesellschaft sahen. Die Wahl des Begriffs dafür war verschieden: „Freier Volksstaat“, „sozialistische Gesellschaft“, „Abschaffung der Klassenherrschaft“, „Deutsche Sozialistische Republik“, „demokratischer Sozialismus“. Mit diesen Aussagen sah man sich eins mit der in der internationalen Arbeiterbewegung akzeptierten wissenschaftlichen Gesellschaftstheorie von Marx und Engels. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unterschied sich jede Partei durch ein eigenes unverwechselbares

Texte zur politischen Bildung. H.36. Klaus Kinner (Hrsg.), Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006, 123 S., 7 Euro, Mitglieder 5 Euro.

Die Stiftung bietet zum Thema eine Seminarreihe an. Tel: 0341-9608531 oder: Rosa-Luxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Als der „rote Baron“ im März 1955 auf dem Dresdner Weißen Hirsch seinen Wohnsitz gewählt hatte, war ich gerade vier Wochen Mitarbeiter des Pädagogischen Instituts. Ich ahnte damals nicht, dass mich mein weiterer Weg gelegentlich mit dem Manfred von Ardenne kreuzen ließ, dessen Begegnungen mit berühmten Wissenschaftlern, Pionieren der Technik und Köpfen der Politiker für den zeitgeschichtlich Interessierten eine Fundgrube des Wissens sind. Ardenne's Erinnerungen an seine „Begegnungen“, erschienen in seinem Todesjahr, 1997, sind also sein letztes Wort. Das letzte Mal hatte ich mit Dresdens Ehrenbürger Ende Januar 1991 in seiner Wohnung ein Gespräch darüber, ob und wie er den Dresdner Protest gegen den Golfkrieg unterstützen könnte und möchte. Als Manfred von Ardenne im März 1955

Von **HORST SCHNEIDER**

Dresden als endgültigen Arbeits- und Wohnsitz auserkoren hatte, konnte er auf zwei höchst unterschiedliche Lebensabschnitte zurückblicken: die Zeit bis Mai 1945, die der gebürtige Hamburger als junger Wissenschaftler in Berlin verbracht hatte, und die zehn Jahre während des Aufenthaltes zur „Wiedergutmachung“ in der Sowjetunion. Manfred von Ardenne hat über seinen Entwicklungsweg, seine Arbeitsergebnisse und Entscheidungen in seinen biografischen Aufzeichnungen berichtet. Hier soll nur wiederholt werden: Nach Beendigung seines Aufenthaltes in der Sowjetunion musste Manfred von Ardenne entscheiden, wohin er mit seinem Institut geht. Da die Entscheidung für Dresden damals wie heute für manchen unverständlich erscheint, zitiere ich den Forscher:

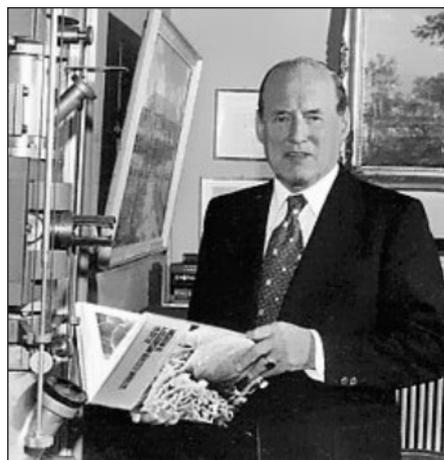
„Gleich bei Beginn der Projektierung unserer Rücksiedlung aus der Sowjetunion mussten Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für meine eigene Familie und die Mitarbeiter und ihre Familien beantwortet werden. Ich meine die erneut an mich herangetretene Entscheidung zwischen dem Leben in der DDR oder im Westen, in der BRD. Damit hing natürlich auch die Wahl des künftigen Wohnortes zusammen. Ohne zu schwanken, entschied ich mich für ein Leben in der Deutschen Demokratischen Republik, obwohl ich damit eine bedeutende finanzielle Belastung auf mich nahm. Wären wir an den alten Platz des Instituts in Berlin-Lichterfelde Ost – jetzt in Westberlin gelegen – zurückgekehrt, hätten uns die beiden fast zehntausend Quadratmeter großen Grundstücke mit ihren vier völlig wiederhergestellten Gebäuden und den unseren Arbeitsthemen angepassten Installationen ohne Kosten zur Verfügung gestanden. Sie waren ja mein unbelastetes Eigentum geblieben. So war ich aber gezwungen, für den Aufbau unserer Existenz in der DDR neues Gelände mit geeigneten Bauten zu kaufen und große Beiträge für den Umbau der Häuser sowie für die Installierung der Laboratorien aufzuwenden ... Weiter war ich der Auffassung, dass ich mit unserer wissenschaftlichen Arbeit deutschen Menschen in der DDR weit mehr helfen könnte als in der Bundesrepublik. Außerdem erwartete ich trotz des privaten Status meines Instituts in der DDR eine kontinuierliche unbürokratische Förderung unserer Forschung. Auch aus heutiger Sicht war meine Entscheidung, in die DDR zu gehen, richtig gewesen.“

Es gab neben der technischen Basis und

der Fachkräfte in Dresden, auch sehr persönliche Gründe: seine schöne Lage am Elbebogen, die reizvolle Umgebung mit der nahe gelegenen Dresdner Heide, der Sächsischen Schweiz und dem Erzgebirge. Aber auch Dresdens Ruf als Stadt der Musik und bildenden Kunst bestärkte den Wunsch, dort zu wohnen: „Natürlich trugen diese Zukunftsbilder sehr dazu bei, uns allen den bevorstehenden Abschied von der einzigartigen Landschaft der kaukasischen Riviera zu erleichtern.“

Zum 100. Geburtstag Manfred von Ardenne's

Der dritte Lebensabschnitt für die DDR



Manfred Baron von Ardenne, geboren am 20. Januar 1907 in Hamburg; gestorben am 26. Mai 1997 in Dresden-Weißer Hirsch. Er war als Forscher vor allem in der angewandten Physik tätig und hielt am Ende rund 600 Erfindungen und Patente in der Funk- und Fernsehtechnik, Elektronenmikroskopie, Nuklear-, Plasma- und Medizintechnik.

Foto rechts: 1931 berichtet die New York Times auf Seite 1 von Ardenne's Erfindung, die erstmals das Fernsehen möglich machte.

Über eine Begegnung mit Walter Ulbricht am 13. Juli 1963 schrieb er: „Ich erinnerte daran, dass wir 1955 viel Mühe aufgewandt hatten, um die wichtigsten Mitarbeiter aus Sinop für das neue Institut auf dem Weißen Hirsch zu gewinnen und auf diese Weise die Traditionen in voller Breite zu erhalten. Da schaltete Walter Ulbricht sich lachend mit den Worten ein: Wissen Sie eigentlich, dass ich Ihnen auch vor Ihrer Rückkehr sehr geholfen habe? Wir dachten damals, was ist das eigentlich für ein merkwürdiger Mensch; er will mit kapitalistischen Methoden im sozialistischen System arbeiten. Dann erkannten wir aber, dass Ihr Streben doch für die Sache des Fortschritts nützlich zu werden verspricht.“

Die Übersiedlung Manfred von Ardenne's, seine Arbeit als Forscher, sein Wirken als Volkskammerabgeordneter, sein Beitrag zur Förderung von Kunst und Kultur in Dresden, seine internationale Reputation waren ein Segen für die Stadt Dresden und seine Betriebe. Manfred von Ardenne arbeitete auch im Forschungsrat der DDR und anderen, wissenschaftlichen Gremien mit, und das hatte nachhaltige Wirkungen für Dresden, das ein Kristallisationszentrum für Kernphysik und Elektronik wurde.

Es war Manfred von Ardenne's Institut, das die Regierung der DDR 1955 anregte, das Zentralinstitut für Kernphysik mit dem Atomreaktor in Rossendorf bei Dresden zu errichten, die Kerntechnische

Fakultät an der Technischen Hochschule zu gründen und das Industrierwerk VEB Vakutronic (später VEB Messelektronik) dort aufzubauen. Zu diesen Neugründungen kamen später aufgrund Ardenne's Anregungen noch der VEB Hochvakuum und das Institut für Radiologische Technik und Medizinische Elektronik hinzu. Schließlich hat – nach einem Gespräch Max Steenbecks und Ardenne's mit Walter Ulbricht die elektronische Datenverarbeitung (Robotron, Rafena) im



Dresdner Raum Platz erhalten. – Wer von der „zweiten Zerstörung Dresdens“ während der SED Diktatur“ spricht, sollte diese Fakten zur Wirtschaftsentwicklung in Dresden vor und nach 1989 prüfen.

Von Ardenne ist zwischen 1955 und 1990 nicht wenigen DDR-Politikern begegnet, über die er nach 1990 rückwirkend urteilte: Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Erich Honecker, Johannes Dieckmann, Hans Modrow und anderen. Besonderen Respekt zollte er Walter Ulbricht und Otto Grotewohl, von Erich Honecker hielt er nichts.

Walter Ulbricht besuchte den Wissenschaftler schon am zweiten Tag nach dessen Einzug auf dem Weißen Hirsch. Er sei für Probleme der Wissenschaft sehr aufgeschlossen gewesen und habe wiederholt durch schnelle Entscheidungen die Arbeit des Instituts gefördert.

An Otto Grotewohl lobte er dessen Feinfühligkeit: „Unsere Unterhaltung fand während einer festlichen Veranstaltung in Dresden statt. Nach den ersten Sätzen ergriff er meinen Arm und hakte mich unter. So durchquerten wir mehrere Male den Saal. Obwohl ich durch diese Geste ausgezeichnet werden sollte, fragte er vorher, ob mir solche Vertraulichkeit auch nicht unangenehm sei. Gerade durch diese lebenswürdige, feine Art, durch die menschliche Wärme seines Wesens hat Otto Grotewohl mich damals fester als durch Verträge mit unserem Staat verbunden. Später hatte ich noch

oft Gelegenheit, mit ihm zu sprechen, bei meinen Bemühungen um die Gründung des Forschungsrates, auf der gemeinsamen Sechs-Länderreise im Januar 1959, im kleinen Kreis abends in seiner Wohnung in Berlin-Niederschönhausen, im Dresdner Klub und auf vielen Staatsempfängen. Niemals hat sich dabei das Bild meines ersten Eindrucks gewandelt. Auch die Frau des Ministerpräsidenten besaß diese seltene Gabe, die Herzen ihrer Mitmenschen sofort zu gewinnen.“

Es ist nicht leicht, die Leistungen Manfred von Ardenne's für die Förderung der Dresdner Kultur in wenigen Sätzen zu würdigen. Da war die Sternwarte mit der drehbaren 4-m-Kuppel, in der schon 1956 ein 20 cm Zeiss-Refraktor aufgestellt wurde. Zehn Jahre später folgte eine größere Sternwarte. Wie viele Dresdner, vor allem Schüler, besuchten sie?

Dresden besaß als Erbe das Lingner Schloss (mit dem die Stadt nach 1990 lange Zeit nichts anzufangen wusste). Manfred von Ardenne regte an, es als „Dresdner Klub“, als Heimstatt für die Intelligenz zu nutzen. Er übernahm den Vorsitz des Kuratoriums und eröffnete den Klub bereits im März 1956. Seine Bilanz: „Das Themenspektrum der Vorträge reichte im ersten Jahrzehnt von Studien über die Stadt der Zukunft, den Wiederaufbau Dresdens, die innere Gestaltung der neuen Semperoper, neue Lösungen medizinischer und technischer Probleme bis zu Gesprächen mit dem Komponisten Werner Egk und aktuelle Foren über die innen- und außenpolitische Lage ...“

Wer als Zuhörer oder wie auch ich als Referent den Dresdner Klub kennen lernen, kann ermesen, wie er als Ideenspende und als Ort des wissenschaftlichen Streites wirkte:

„Die verschiedenen Wissenschaftsgebiete waren durch zahlreiche bedeutende Persönlichkeiten aus der Technik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst, das sich daraus entwickelnde Wissen um die Arbeiten des anderen, führte zu einem viel besseren Verständnis manch aktueller Probleme. Der ursprüngliche Zweck des Klubs, die Zusammenführung der Elite Dresdens aus den verschiedenen Bereichen, war 1990 nicht mehr erfüllbar.“

Hier ist nicht der Platz, um den Beitrag Manfred von Ardenne's bei der Herstellung des atomaren Patts zu würdigen, das jahrzehntelang dazu beitrug, die Politik der Großmächte zu zügeln, wohl aber, um an seine Vision von einer Welt ohne Rüstung und Krieg zu erinnern:

„Welcher wunderbaren Zukunft würde die Menschheit entgegengehen, wenn Ost und West darin fortfahren, statt wie früher ihre Kräfte in militärische Rüstungen zu verschwenden, nach Abbau des Misstrauens gemeinsam die großen Gefahren, welche im kommenden Jahrtausend die ganze Menschheit bedrohen, zu bekämpfen. Wie würde sich alles zum Guten wandeln, wenn die Wissenschaften, Techniken und Industrien beider Seiten und die der übrigen Staaten, sich vereinen würden (Musterbeispiel Kernfusion), um die vielen den Lebensstandard kommender Generationen bestimmenden Weltprobleme zu lösen!“

Baron Manfred von Ardenne, der „rote Baron“, wurde am 26. September 1988 Ehrenbürger der Stadt Dresden. Es darf mit Fug und Recht gesagt werden: Es war nicht nur eine Ehre für Manfred von Ardenne, Ehrenbürger von „Elbflorenz“ zu werden, es war und bleibt eine Ehre für diese Stadt, in dieser Zeit einen Wissenschaftler wie ihn unter ihren Bürgern zu wissen.



Zuletzt besuchte ich Kuba 1985. Als ich jetzt nach 21 Jahren meine kubanischen Genossen wieder traf, war ich innerlich bewegt, ja, auch befangen. Zwischen beiden Besuchen liegt der Untergang der sozialistischen Staaten Europas. Das sozialistische Kuba blieb vor der Haustür der USA allein: Ohne Solidarität aus Moskau und Berlin, fast ohne Erdöl, ohne vereinbarte Warenlieferungen, ohne Spezialisten aus den RGW-Ländern, ohne politischen, militärischen oder moralischen Beistand der einstigen Verbündeten. Der Sozialismus auf Kuba überlebte eine schwierige „Spezialperiode“. Heute lässt sich nur noch ahnen, was die Kubaner durchgemacht haben, was diese Zeit ihnen an Entbehrungen, aber auch an Standhaftigkeit, Arbeitsmoral, an Zuversicht und Selbstvertrauen abverlangt hat. Kuba ist im Vergleich zu jener Zeit über den Berg. Die Wirtschaft wächst. Das Land hat eine ausgezeichnete touristische Basis aufgebaut. Die Handelsbeziehungen mit vielen Ländern, vor allem mit der VR China, mit Vietnam und Venezuela funktionieren zum gegenseitigen Vorteil. Die politische Entwicklung linker Kräfte in Lateinamerika gibt den Kubanern Kraftzuwachs. Chávez' Wahlsieg feierten sie wie einen eigenen Erfolg. Sie sind zuversichtlich, auch die noch sehr schwierigen Probleme bei der Versorgung, im Transportwesen und beim Wohnungsbau zu lösen.

Menschenrechte

Ich absolvierte praktisch eine Bildungsreise in Fragen Menschenrechte. So z. B. beim Besuch des Forschungszentrums für Gentechnik und Biotechnologie. Dank der Arbeit kubanischer Wissenschaftler ist es gelungen, Krankheiten zu besiegen, die in der Vergangenheit weit verbreitet waren. Bei der Senkung der Kindersterblichkeit liegt Kuba auf einer Stufe mit Kanada weit vorn in der Welt. Die Kubaner haben inzwischen eine höhere Lebenserwartung als ihre nordamerikanischen Nachbarn. Die Organisation des Gesundheitswesens, für jedermann zugänglich und kostenlos, ist moderner als in Deutschland. Beim Besuch einer Poliklinik sagte mir eine Ärztin, in Kuba gebe es nur „Patienten“ und keine „Kunden“.

Gelebte Solidarität

Die Zukunft der Revolution steht nicht zur Disposition
Gedanken nach einem Besuch auf Kuba und Gesprächen mit Raúl Castro

Von Egon Krenz

Prägnanter kann man den Unterschied zum kapitalistischen Gesundheitswesen wohl nicht auf den Punkt bringen. Begeistert hat mich der Besuch einer Augenklinik, in der nach modernsten Operationsmethoden vielen Menschen das Augenlicht wiedergegeben wird, darunter inzwischen schon 450 000 Bürgern aus lateinamerikanischen Nachbarländern. An einer Medizinischen Hochschule am Stadtrand von Havanna studieren mehr als 10 000 Studenten aus Lateinamerika und Afrika, vorwiegend aus Bevölkerungsschichten, die sich in ihren Heimatländern ein Universitätsstudium nicht leisten könnten. Solidarität und Kuba sind eben eins. Angesichts solcher Leistungen ist es mehr als scheinheilig, wenn bestimmte Kleingeister in Europa die Menschenrechte in Kuba daran messen, ob jeder „Oppositionelle“ einen Internetanschluss hat. Ich kenne kein anderes Land auf der Welt, das ein solches Maß von sozialer Gleichheit verwirklicht wie Kuba – trotz Blockade durch die USA.

Bildungswesen

Wenn ich in Deutschland von Politikern höre, man müsse das Bildungswesen „skandinavisieren“, dann wünschte ich mir, sie würden eine Reise zum Kennenlernen des Bildungswesens in Kuba machen. Als Lehrer weiß ich, wovon ich rede, wenn ich das kubanische Bildungswesen zu den modernsten der Welt zähle. Im Museum für Alphabetisierung kann man erfahren, wie Kuba von einem Land mit vielen Analphabeten zu einem Staat mit einer hochgebildeten Bevölkerung wurde, die jede PISA-Studie überstehen würde. An der Versuchsschule José Martí habe ich erlebt, wie eng die Lehrerausbildung mit der Schulpraxis verbunden ist. In den Schulen zeigen sich die Früchte eines einheitlichen Bildungssystems, das in der Kinderkrippe bzw.

dem Kindergarten beginnt, bis zur Oberschule und dann zur Berufsausbildung bzw. zur Universität führt.

Ein besonderes Erlebnis war der Besuch der Universität für Informatikwissenschaften, die auf dem früheren Gelände einer sehr sensiblen Radarstation der UdSSR und der dazugehörigen sowjetische Militäreinheiten steht. Hier studieren ca 10 000 Studenten an zehn verschiedenen Fakultäten. In den Internaten gibt es für jeden Studenten einen eigenen Computer-Arbeitsplatz. Wer in Europa der bürgerlichen Propaganda erlegen ist, in Kuba gebe es keine Reformen, der hat wesentliche Entwicklungen auf der Karibikinsel verschlafen. Wer ideologisch nicht verblendet ist, erlebt, dass sich Kuba inmitten großer gesellschaftlicher Veränderungen befindet. Die Kubaner lassen sich den Sozialismus nicht „wegreformieren“. Vom kleinen Dorf bis in die Zentrale hinein habe ich die Zuversicht der Menschen gespürt, dass Kuba nicht das Schicksal der europäischen sozialistischen Staaten erleiden wird.

Revolution

Wie geht es Fidel? Diese Frage bewegt mich genauso wie die Kubaner selbst. Castro und Kuba sind schließlich Synonyme. Die Errungenschaften ihrer Revolution stehen jetzt und in Zukunft nicht zur Disposition. Es herrscht im Lande – so habe ich es jedenfalls erlebt – eine optimistische Gelassenheit, die von einer stabilen politischen Situation zeugt. Kubanische Freunde, die Fidel Castro besuchen oder mit ihm telefonieren, haben mir gesagt, er nehme nach Kräften an wichtigen Entscheidungen der Führungsgremien teil und mache gesundheitliche Fortschritte. Nach meinen Beobachtungen gibt es in der kubanischen Führung eine bemerkenswerte Einheit der Generationen. Alle Führungsgremien wur-

den systematisch verjüngt. Ich traf einstige Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes, die jetzt in höchsten Partei- und Staatsorganen Verantwortung tragen. Zwischen ihnen und der Generation von Fidel und Raúl gibt es eine fundamentale Übereinstimmung über die Kontinuität der kubanischen Revolution.

Raúl Castro informierte mich auch darüber, dass die kubanische Führung alles unternimmt, um die Einheit zwischen Volk, Kommunistischer Partei und den Streitkräften zu festigen. Diese Einheit, so hieß es in seiner Ansprache zur Militärparade am 2. Dezember, sei die wichtigste „strategische Waffe, die es der kleinen Insel ermöglicht, sich standhaft zu halten“. Die USA haben im Zusammenhang mit Fidels Erkrankung erklärt, sie würden die „Kontinuität der kubanischen Revolution nicht akzeptieren“. Sie reden offen davon, für den Sturz der kubanischen Regierung einen Geheimplan zu haben. Sie geben Unsummen für die Desinformation der Bevölkerung und für die Bezahlung von Helfershelfern aus, die sich in die inneren Angelegenheiten Kubas einmischen sollen. International versuchen sie, unter Missbrauch einer Menschenrechtsdebatte Kuba für die USA sturmreif zu machen. Bedauerlich, dass es auch in Europa einige linke Politiker gibt, die diese Zusammenhänge nicht sehen wollen. Die Militärparade hat signalisiert: Kuba ist gut vorbereitet, mögliche imperialistische Abenteuer zu durchkreuzen. Gleichzeitig hat Raúl Castro den USA angeboten, alle strittigen Fragen friedlich zu lösen. Nur eine ist nicht verhandelbar: Die Souveränität und die Freiheit Kubas. Eine „Transformation“ vom Sozialismus zum Kapitalismus wird es nicht geben. Das ist meine Überzeugung, mit der ich aus Kuba zurückgekommen bin.

Egon Krenz war auf Einladung von Raúl Castro Gast der Militärparade am 2. Dezember anlässlich des 50. Jahrestages der kubanischen Streitkräfte und des 80. Geburtstages von Fidel Castro.

In den letzten Wochen des alten Jahres und in den ersten Tagen des neuen bescheren die Konzerte nebeneinander Weihnachtliches sowie Rück- und Ausblicke. Dass Johann Sebastian Bach auch drei Kantaten seines Weihnachtsoratoriums für die nach christlichem Brauch zum Weihnachtsfest gehörenden ersten sechs Januar-Tage von gleicher Großartigkeit wie die ersten drei geschrieben hat, interessiert offensichtlich selbst nicht alle Kirchenmitglieder mehr. Sonst hätte das eindrucksvolle Konzert des Bach Consorts Leipzig unter Leitung von Gotthold Schwarz am Neujahrstag noch mehr Zuhörer in die Thomaskirche locken müssen. Werk und Aufführung hätten ein volles Haus verdient.

Doch nach dem 26. Dezember richtet sich die Aufmerksamkeit wohl schon auf die drei ausverkauften Aufführungen von Beethovens „Neunter“ zum Jahresausklang. Riccardo Chailly dirigierte sie zum zweiten Male. Seine Interpretation betonte die auch im Finalsatz noch wirkende konfliktreiche Dramatik. Vor allem in den ersten beiden Sätzen ließen bedrohende Kraftsteigerungen aufhorchen. Dabei erhielten auch Mittelstimmen, synkopische Widerborstigkeiten gelegentlich fast über Gebühr Geltung. Im langsamen Satz kam der Dirigent dem von Beethoven vorgegebenen fließenden Tempo nahe und vermied jede Klangschwelgerei. Im letzten Finalabschnitt steigerte er das Jubilieren fast in der Art einer italieni-

schen Opernstretta.

Im letzten Gewandhaus-Anrechtskonzert 2006 war der in aller Welt gefeierte Chinese Lang Lang mit Sergej Prokofjews drittem Klavierkonzert zu erleben. Man könnte meinen, der Komponist habe die-

Konzertantes zum Jahreswechsel

Von **WERNER WOLF**

ses spieltechnisch äußerstes Können fordernde Werk geradezu für Lang Lang erdacht. Der bewältigte auch die kompliziertesten Griffe und Akkordfolgen wahrhaft spielend, partiell allerdings auf Kosten des musikalischen Gehalts. Der temperamentvolle Dirigent Andrey Boreyko zeigte sich auch mehr auf Virtuosität und Tempo bedacht.

Im 4. MDR-Matineekonzert glaubte der Lenorm begabte junge Italiener Andrea Bacchetti, Felix Mendelssohn Bartholdys Klavierkonzert g-Moll ebenso mit technischer Bravour beizukommen. Doch dabei blieb der musikalische Ausdruck weithin auf der Strecke. Vorher hatte der für Fabio Luisi eingesprungene Schweizer Mario Venzago Mendelssohns frühe „Trompeten-Ouvertüre“ ziemlich oberflächlich

herunter spielen lassen. In diesem Konzert richtete er die ganze Konzentration auf Carl Niensens grandiose, stark beeindruckend gestaltete vierte Sinfonie „Das Unauslöschliche“. Vorher fand der Dirigent sehr einfühlsame Worte an die Konzertbesucher, um die Aufmerksamkeit für die Neuartigkeit und den musikalischen Reichtum dieses aus der Musik der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts herausragenden Werkes zu fördern. Schön, dass er als Gast dieses Werk wählte, nachdem seit Herbert Blomstedts Abschied keine Sinfonie Niensens mehr in Leipzig zu hören war.

Vorher war das MDR-Sinfonieorchester schon am Neujahrstag zu erleben, mit dem Amerikaner Jonathan Stockhammer als „Einspringer“ am Pult. Antonín Dvoračs Slawischer Tanz op. 46/8 wirkte wie – wohl gemerkt gekonnt – vom Blatt gespielt. Doch des Dirigenten großzügige und -flächige Musizierweise bekam weder den kleineren konzertanten Stücken von Dvorač und Josef Suk, noch Smetanas Tondichtung „Aus Böhmens Hain und Flur“ und auch nicht Dvoračs Sinfonie „Aus der neuen Welt“. Diese vor Melodik und Klang überströmende Musik wirkt zwar auch noch mit solchem al fresco-Spiel, doch ihren ganzen musikalischen Reichtum und ihre klanglichen Schönheiten offenbart sie dabei nicht. Da blieb zu Vieles auf der Strecke, über das der Mann am Pult hinweg dirigierte.

Kinosterben

Dass in den letzten Jahren legendäre Leipziger Filmtheater schließen mussten, wie „Capitol“ und „Casino“ sowie jüngst die „Schauburg“ – das erste 70 mm-Panoramakino der DDR – das wissen viele Kinofreunde noch. Vergessen ist, dass die Verbreitung des Fernsehens vor Jahrzehnten, auch an der Pleiße, die Szene nachhaltig ausdünnte. In diesen Tagen vor 40 Jahren schloss der einstmals attraktive „Gohliner Lichtspiel-Palast“ mit 730 Plätzen. Von September 1911 bis in den Januar 1967 flimmerten Filme in der Lindenthaler Straße 41. Die Versuche der ehemaligen Besitzerfamilie, nach der Wende dort wieder Kino zu etablieren, scheiterten. In der DDR diente das GOLIPA dann als Heizgerätelager. Nach 1990 erfolgte der Abriss für ein Bürogebäude.

• M. Z.

In Leipzigs Arena:

„Herr der Ringe Symphonie“

Die gut zwei Stunden lockten an zwei Abenden um die 14 000 überwiegend junge Leute in Leipzigs Arena. Die lauschten gespannt den Klängen des Gewandhausorchesters wie der Chöre von Gewandhaus und Oper. Nach jedem der sechs – sich hinziehenden – Sätze gab es Beifall, am Schluss mit den üblichen Juchzern. Aber: Die ganz große Begeisterung kam nicht auf.

Für Howard Shore, dem kanadischen Komponisten, lag es nahe, nach dem Kinolerfolg seine Musik in die Konzertsäle zu bringen. Mit John Mauceri stand für die Leipziger Erstaufführung der „Ringe-Symphonie“ ein Mann am Pult, der aus anderen Filmmusik-Konzerten im Gewandhaus die Interpreten bestens kannte. Er holte an wohligen und

(für das Böse) an aggressiven rhythmischen Klängen mehr heraus, als die Komposition hergibt. Denn die kopiert musikalische Mittel des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Die vom Komponisten als Vorbild genannte Leitmotivtechnik Wagners wird aber nur andeutungsweise in ihrer Verwandlungskunst genutzt. Abwechslung bringen da vor allem exotisch-altertümliche Einschübe von Instrumental- und Gesangssolisten (Kaitlyn Lusk, Tammy Tyburczy, Thomas Oertel-Gormanns und der zwölfjährige Elmar Kühn). Von den theoretischen Grundlagen und Musik für den Film, die Hanns Eisler in seinen amerikanischen Exiljahren schuf, sind Kompositionen wie die Shores weit entfernt. Dennoch können Konzerte wie dieses auch bei Zuhörern die Neugier wecken, das Gewandhausorchester in seinem Haus mit echter Sinfonik zu erleben.

• W. W.

Obwohl der Ausspruch oberflächlich ist, notiere ich ihn: UFA hui! DEFA pfui! Noch immer haben Filmredakteure bei ARD und ZDF Probleme mit Babelsberger Produktionen, allerdings nur jenen, die nach 1945 entstanden. Das gilt natürlich auch für die Schauspieler und selbst dann, wenn ein seltenes Jubiläum zu feiern ist. Da wird ein Jahrhundert-Akteur 100 Jahre alt und dieser Geschonneck findet in ARD und ZDF einfach nicht statt. Auch 3-sat und arte haben sich da nicht gerade mit Film-Ruhm bekleckert. Dass alle diese Kanäle Marika und Johannes zu deren Jubiläen buchstäblich die Füße küsst und im letzteren Fall das auch weiterhin tun, sei nur am Rande erwähnt. Selbstverständlich zur besten Sendezeit und stundenlang, garniert mit stehenden Ovationen.

Bei Erwin Geschonneck tut es eine Ausstrahlung um neun Uhr morgens. Sicher, der Klassiker „Das kalte Herz“ ist immer für eine Märchenstunde gut, eignet sich aber kaum, einen Mann zu würdigen, der

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Übersehen

Von **MICHAEL ZOCK**

eine unerhört interessante und widerspruchsvolle Biographie durchlebte.

Wagt man sich an diesen im wahrsten Sinne des Wortes politischen Künstler und Kommunisten nicht heran? Der sich nackt für eine Fotomontage von John Heartfield aufs Hakenkreuz flechten ließ, der im KZ mit Hitler-Diktion die Mitgefangenen zum Lachen brachte, der sich wahnsinnig ärgerte, als 1951 sein Film „Das Beil von Wandsbek“ und später „Sonnensucher“ in der DDR verboten wurden. Ein Mann, der einfach Kulturgeschichte

schrub. Von „Kuhle Wampe“ bis „Meschken Enkel“. Auch 2006 stehen übrigens Geschonneck-Filme weiterhin auf dem Index. „Gewissen in Aufruhr“, für den der mdr die muntere Sendezeit zwischen 0.45 Uhr und 4.25 Uhr reserviert hatte, wird nur unvollständig gezeigt. Teil vier und fünf sind, selbst um diese Stunde, nicht opportun. Wer sich erinnert, weiß, die Folgen gingen mit der alten BRD nicht gerade sanft um. All das ist nicht mehr diskussionswürdig?

Es gibt Ähnliches über eine Schauspielerin wie Gisela May zu berichten, von der hoffentlich im Fernsehgedächtnis mehr bleiben wird als der Satz: „Sag nicht immer Mutti zu mir!“. Sie ist Jahrgang 1924, da steht jetzt eh kein Jubiläum an. Auch dieses Beispiel sei erwähnt. DPA schrieb 1998 über eine ebenso berühmte Kollegin: Die in Halle an der Saale geborene Jutta Hoffmann wurde in den neuen Ländern vor allem durch die ARD-Serie „Motzki“ bekannt.

Seifenblasen

Was bedeutet uns – im Jahr 2007 – die Anekdote vom Köpenicker Hauptmann, der aus Verzweiflung ein Rathaus besetzt: Ein „deutsches Märchen“? Ein Lehrstück über Uniformfetischismus? Ein Historienbild wilhelminischer Provenienz? Die Wahrheit liegt in der Mitte. Carl Zuckmayer (1896-1977) hat einen historisch verbürgten Fall aus dem Jahr 1906 für das Theater bearbeitet. Die Schwäche im Text liegt seit eh und je in der Verharmlosung, gleichwohl sprechen Theaterhistoriker von „seinem Meisterstück“.

„Der Hauptmann von Köpenick“ bietet in der Inszenierung von Tilman Gersch am Schauspiel Leipzig mehr als die Anlehnung an Rühmann und Juhnke. Die frühe Verfilmung mit Max Adalbert kennt heute kaum noch jemand.



Berndt Stübner und Carolin Conrad
Foto: Ralf Arnold Schauspiel Leipzig

Wilhelm Voigt, Schuhmacher und Ex-Häftling, kommt von außen auf die Bühne, ein Ausgestoßener, der wieder in die Mitte der Gesellschaft möchte. Die Welt, in die er eintritt, setzt auf geschneiderte Insignien der Macht: Uniformen. Doch statt Pickelhauben und preußische Militärröcke gibt es dunkle Maßanzüge (Ausstattung: Ariane Salzbrunn). Die Botschaft wird wohlverstanden. Dem Regisseur gelingt es, den Grundkonflikt radikal offenzulegen: Ohnmächtige gegen Mächtige. Aktuelle Spitzen gegen die City-Tunnel-Geldverschwendung und Korruption bei Leipziger Stadtfirmen erfreuen die Einheimischen, bleiben aber für Auswärtige unverständlich. Es sind aber die poetischen Bilder, die diese Inszenierung so wertvoll machen. Da träumt der Schuster in Pudelmütze von einem besseren, ehrlicheren Leben und hinter ihm pustet ein Engel Seifenblasen in die Luft. Jeder weiß, dass diese Träume zerplatzen. Oder: Drinnen die feiernde Elite, draußen der Gestrandete. Tilman Gersch komponiert in Moll, Melancholie statt knalliger Komik. Berndt Stübner als Schuster und Hauptmann, ernst und getrieben, immer warmherzig. Er beherrscht die Kunst des glaubwürdigen Wandels, der inneren Veränderung. Aus dem verzweifelten Traumsucher wird ein getriebener Anarchist. Bravo!

• D. M.

Ein blutvoller Werkzeugmaschinenbauer, ein Mann der leisen Töne



Nach der Geschichte des Kombinars TAKRAF und seines Leipziger Stammbetriebs VTA legt der Verlag VOKAL einen zweiten Titel seiner neuen Schriftenreihe zur Leipziger Industriegeschichte vor. Diesmal steht eine Persönlichkeit im Mittelpunkt, die in hohem Maße das Niveau und das Ansehen des Maschinenbaus in der Stadt mit geprägt hat: Johannes Bohmann (1908–1986). Er selbst stellt sein menschliches, fachliches und politisches Reife in einer autobiografischen Skizze vor, die bis ins Jahr 1945 reicht. Mitstreiter – Vorgesetzte und Unterstellte – beschreiben

seine schöpferische Arbeit als energievoller, gründlicher und erfolgreicher leitender Ingenieur bei der Entwicklung und dem Bau einer neuen Generation von Werkzeugmaschinen, speziell hochwertiger Fräs- und Schleifmaschinen im VEB Mikrosa. Dabei erfolgen die Reflexionen zur Person im Kontext der mühseligen Jahre des Aufbaus einer modernen Industrie in der DDR.

Mit seiner schon in den 20er Jahren erworbenen antifaschistisch-demokratischen Gesinnung, seiner vielseitigen Bildung, seinen Erfahrungen und mit hohen Ansprüchen an seine Mitarbeiter war Johannes Bohmann, wie die Herausgeber hervorheben, ein treibendes Rad im leistungsstarken Getriebe des Industriezweiges.

• GÜNTER LIPPOLD

Wolfgang Dillner, Konrad Feine, Hubert Schnabel: Johannes Bohmann – Forscher, Erfinder und Ingenieur im Werkzeugmaschinenbau. Verlag Vokal, Leipzig 2006. 166 S., 10,80 Euro (Schriftenreihe zur Entwicklung der Industrie im Raum Leipzig 1945–1990)

Gute drei Jahre hat Arne Seifert im Kreise seiner ehemaligen Kollegen Kuriositäten aus der DDR-Diplomatie aufgelesen und aufbereitet. Im Jahr 2005 veröffentlichte der Verband für internationale Politik und Völkerrecht e.V. das Heft „Hinter vorgehaltener Hand“ mit den Erinnerungen an das oft missverständliche Parkett des Humors von 29 DDR-Diplomaten in 80 „Randnotizen“. Um es vorweg zu nehmen, keiner ist ausgerutscht, höchstens in alte diplomatische „Ernsthaftigkeit“ oder „Langatmigkeit“. Eine Fortsetzung war geradezu geboten – auf 118 Seiten meldeten sich also nochmals 20 Autoren zu Wort.

So berichtet z. B. Wolfgang Fichter über eine Begegnung der DDR-Botschafterin in Belgrad, Eleonore Staimer, mit ihrem amerikanischen Kollegen während der Vorfahrt zu einem diplomatischen Empfang. Noch vor dem Eingang des Gebäudes hörte Frau Staimer, wie der hinter ihr eingetroffene amerikanische Missionschef zu seinem Fahrer sagte: „Was die East Germans sich da für einen neuen Botschafterwagen angeschafft haben! Doch offenbar kein ‚Ostprodukt‘?“ Er hatte Recht. Denn nachdem die Gesandtin zur Botschafterin der DDR ernannt worden war, erhielt sie an Stelle des alten Wolga einen Chevrolet. Die wachsame DDR-Botschafterin entgegnete: „Herr Botschafter, amerikanische Frauen tragen auch Unterwäsche ‚made in GDR‘, womit sie kein Problem haben.“ Eine makabre Geschichte erzählt Günter Fritsch, der in den ersten Jahren nach dem Sturz des Schahs in Teheran Botschafter der DDR war. Zu dieser Zeit gab es dort meist politisch motivierte Attentate auf ausländische Diplomaten.

Autorisierte Kuriositäten

Zahlreiche Botschafter hatten ihre Regierungen überzeugt, ihnen gepanzerte Dienstwagen zur Verfügung zu stellen. Eines Tages fragte der australische Botschafter Günter Fritsch: „Haben Sie ebenfalls ein gepanzertes Fahrzeug?“ „Nein, antwortete Fritsch: „Für meine Regierung ist es billiger, einen neuen Botschafter zu schicken.“ Hans-Georg Schleicher betreute 1969 eine Regierungsdelegation aus Sierra Leone die zum 20. Jahrestag der DDR angereist war. Der repräsentative Tschaika des Delegationsleiters war auf dem Parkplatz von einem Trabant zugeparkt worden. In der Eile konnte kein Ersatzfahrzeug herangeholt werden. Es sei die Idee von DDR-Minister Schulze gewesen, den Trabi selbst umzusetzen. Der Minister und die deutschen Begleiter packten zu und hoben Zug um Zug den Kleinwagen herum. Beim dritten Absetzen gab es im Trabi Bewegung. Ein kleiner Junge sah erstaunt aus dem

Fenster. Er hatte im Auto geschlafen. Junge, Junge ... Es befriedigt natürlich jeden Herausgeber, wenn ihm bescheinigt wird, man halte sein Werk für eine „gelungene Publikation“. So äußerte eine Leserin, für die die Diplomatie eine unbekannte Welt ernsthafter Politik und Analyse war, sie hätte gedacht, DDR-Botschafter würden sich vor allem „um die Weltrevolution“ kümmern. Sie habe nun den Eindruck, es sei mehr um Bananen und Apfelsinenimporte gegangen.

• FRANZ-KARL-HITZE

Arne C. Seifert (Hrsg.): Hinter vorgehaltener Hand – Kurioses aus der DDR-Diplomatie. Band 2, Blaue Reihe, Heft 11. Eigenverlag des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin 2006. Wilhelmstraße 50, 10117 Berlin. 3 Euro + Porto. E-Mail: VorstandVIP@aol.com

Anzeige



Eberhard Panitz
»Der geheime Rotbannerorden«
Kaukasische Novelle
253 S., 10,- € ISBN 978-3-939828-04-4

Panitz' neue Novelle, über einen der »unbekannten Soldaten der Revolution«: Die Spuren des verschollenen Dresdners Sigi Fink führen immer wieder in den Kaukasus und die Spurensuche bringt manches aus der tragischen deutsch-russischen Geschichte wieder oder erstmals ans Licht.

Verlag Wiljo Heinen – Tel.: 04623 / 189925 – info@verlag-wh.de
www.verlag-wh.de

Emanuel-Heribert rief heute Morgen an und bat um einen Rat, was er seinem Großen, dem Paul, der im ersten Semester Geschichte studiert, wohl an Pauli Bekehrung (25. Januar) schenken könne. Mein Freund ist Hartz IV-Mann, selbstredend stets angemessen rasiert und gewaschen, und er band mir – natürlich etwas zögerlich – auf die Seele, ich möchte doch diese prekäre Situation nicht aus dem Augenwinkel verlieren. „An Conversio Pauli“, habe ich ihm geantwortet, „schenkt man wie zu Weihnachten einem Jungstudios am besten ein Buch“. Sonderlich einfallreich ist das nicht. Zugegeben. Aber da mir schon vor langer Zeit von gewissenhaften Leuten eingebleut wurde, dass Bücher bilden sollen und ich außerdem gerade von einem renommierten Verlag Prospekte erhalten habe, konnte ich meine Empfehlungen auch gleich konkret machen und mit dem wohl wichtigsten Ziel unserer Zeit verbinden, der Jugend ein genaues Bild der Jahre des realen Grauens zwischen 1945 und 1990 zu vermitteln. Die junge Generation nimmt das sonst doch zu leicht oder lernt nicht, was sich hinter der sog. „DDR“ in Wahrheit verbirgt. Schon allein deshalb. Und außerdem schrumpfen wegen der Sparzwänge die Neuanschaffungen in den Bibliotheken ohnehin, so dass – auch zur intensiveren Selbstverwirklichung und fernab aller ideologischen Kommandowirtschaft – jeder seinen eigenen soliden Bücher-

Wie ich Emanuel-Heribert literarisch beriet ...

fonds haben muss. Folglich genigte ich Emanuel-Heribert gegenüber meiner Freundschaft und beriet ihn. Aus dem Hause des Dr. Hubertus Unna von Hohenschönhausen war derzeit leider nichts im Angebot, sonst hätte ich das Verfahren exzellent und gehaltvoll abkürzen können, aber ansonsten erwies sich der Katalog als ausgewogen und besaß die gewünschte sachliche Breite, die man zu einer umfassenden Bildungsofferte einfach benötigt. Das ist man sich schließlich schuldig. Also verwies ich auf die folgenden Titel:

Von Manfred Wilke erschien gerade „Der SED-Staat“ zu 39,90 Euro. Für 352 Seiten ist das ein guter Preis. Freilich ohne ALRA, also ohne Arbeitslosenrabatt, aber der Autor hat schließlich den Band selbst zu Ehren seines eigenen 65. Geburtstags in die Welt senden lassen. Labsal für den dürstenden und lechzenden Leser, gewissermaßen, und man soll solcherart Glück gebührend würdigen. Um einiges preisgünstiger ist freilich die Erinnerung an die DDR-Diktatur. Sie, die Erinnerung, habe nach Verlagsmeinung noch erhebliche Defizite aufzuweisen. Es handelt sich

hier nur um eine „Zwischenbilanz der Aufarbeitung des DDR-Kommunismus“, und solche Halbsachen müssen sich auch preislich ausdrücken. Wenn erst die ganze Chose publik gemacht werden wird, darf man kräftiger zulang. Also ist dies ein Schnäppchen. Und ohne Rubbeln und Einstiegsgratifikation ins James-Bond-Jahr 007. Einfach so. Empfehlenswert scheint mir auch aus der Reihe „Europäische Diktaturen und ihre Überwindung“ der Band 6 zu sein, der von den Herren Knigge und Mählert den Titel „Der Kommunismus im Museum“ erhielt und der für 24,90 Euro Wichtiges zur „musealen Vermittlung der Diktaturerfahrung“ zu präsentieren weiß; ähnlich wie Sylvia Klötzers „Satire und Macht“, wofür man aber zehn Euro mehr aufzulegen hat, um wissenschaftlich analysiert zu bekommen, wie die SED sogar den Witz zulassen musste (man bedenke: den Witz!), weil der Volkswiderstand stark und stärker wurde. Die „Ausreisegesellschaft DDR“ habe ich Freund Emanuel-Heribert nicht erst angeboten, ist sie doch ein alter Hut von 2005, der für knapp 40 Euro im Verlagsprogramm steht, doch „Die erfundene Freundschaft“ von Jan Claas Beh-

rends, der für 49,90 Euro die Beziehungen der Leute in der DDR und in Polen mit denen in der UdSSR auf die Hellesbarde nimmt und mit der „Propaganda in der kommunistischen Diktatur“ abrechnet, lässt ebenso aufhorchen wie „Zwischen Disziplinierung und Partizipation“, hinter welchem Titel sich laut Verlagsprospekt folgendes verbirgt: „Aus den Erinnerungen sind Herrschaft und Unterdrückung ebenso verschwunden wie Mangel und Desorganisation ...“ Pfui Deibel! Woran denken die Leute denn eigentlich? Jedenfalls hebt Renate Hürtgen diesen Alltag wieder ans Licht, so dass man ihr gern die 44,10 Euro zahlt, die sie dem Leser abfordert. Die Frau muss ja schließlich auch leben und steuern – hier, nicht in Surinam. Ich habe Freund Heri dann noch den Tipp gegeben, sich in den einschlägigen Buchhandlungen umzusehen oder im bekannten Aufarbeitungs-Institut in der Grimmaischen Straße beraten zu lassen. Man wird dort auf jeden Fall genügend Hinweise erhalten, ist doch der Schlagwortkatalog in der Einheit der Vielfalt oder umgekehrt reich gesegnet. Vielleicht hegen auch Leser von LN am Jahresbeginn die Absicht, einen Blick in diese attraktive literarische Wunderwelt zu tun. Kann überigens wirklich sehr lehrreich sein. Sehr lehrreich ...

• HELMUT BRÄUER

KALENDERBLATT**Gerhart Seger**

1896-1967

Gerhart Seger gehörte zu den bekanntesten sozialdemokratischen Journalisten mit antifaschistischem Profil. Geboren am 16. November 1896 in Leipzig als Sohn des Redakteurs der *Leipziger Volkszeitung* und Reichstagsabgeordneten Friedrich Seger, war er von 1920 bis 1923 selbst Redakteur (links-) sozialdemokratischer Zeitungen in Kiel, Berlin und Plauen. Er gehörte der USPD an und kehrte 1922 wieder zur SPD zurück.

Bekannt wurde Seger vor allem als Generalsekretär der *Deutschen Friedensgesellschaft* (DFG) 1923 bis 1928. Flügelkämpfe in der DFG – Seger gehörte ihrem radikalpazifistischen Flügel an – veranlassten ihn, als Generalsekretär zurückzutreten und eine Stelle als Redakteur beim *Volksblatt für Anhalt* in Dessau anzunehmen.

In Dessau wurde er, wie sein Biograph Torsten Kupfer schreibt, „zum neuen geistigen Führer der Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt“ und vertrat von 1930 bis 1933 die SPD (Wahlkreis Magdeburg-Anhalt) im Reichstag. 1930 wurde er vom Parteivorstand der SPD als einer der 28 „Referenten gegen Nationalsozialismus und faschistische Gefahr“ benannt. Am 21. Januar 1932 forderte er in der *Leipziger Volkszeitung* die Ausweisung Hitlers wegen Hochverrats aus Deutschland. Somit gehörte Seger zu den ersten von den Faschisten inhaftierten Funktionären der Arbeiterbewegung. Doch bereits nach wenigen Monaten gelang ihm die Flucht aus dem KZ Oranienburg nach der Tschechoslowakei. In Karlsbad erschien 1934 sein Aufsehen erregendes Buch „Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten“. Es wurde in kurzer Zeit in sechs Sprachen übersetzt und diente Anna Seghers mit als Vorlage für ihren Roman „Das siebte Kreuz“. Später emigrierte er nach New York, wo er von 1936 bis 1946 Chefredakteur der *Neuen Volkszeitung* war. Dieses Blatt, das ursprünglich von einer deutsch-amerikanischen Leserschaft getragen war, wurde unter der Leitung von Seger zu einem politischen Emigrantenorgan.

Weiterhin in den USA lebend, betrieb er eine rege politische Tätigkeit, u. a. in der „Democratic Party“ und als Gründungsmitglied des „Council for a German Delegation“. Am 21. Januar 1967 verstarb Gerhart Seger in New York.

• KURT SCHNEIDER

320 MILLIONEN EUROPÄER zahlen seit fünf Jahren, seit dem 1. Januar 2002, mit dem Euro. Am 1. Januar kamen mit Slowenien weitere zwei Millionen Menschen in die Eurozone.

Die Erfinder des Euro ließen nichts unversucht, das neue Geld als etwas Tolles erscheinen zu lassen. So wollte eine Agentur ein halbes Jahr vor der Umstellung mit der ziemlich nutzlosen Information begeistern, dass die im Umlauf befindlichen 48 Milliarden Mark- und Pfennigmünzen fast 200 000 Tonnen wögen, wohingegen 17 Milliarden neue Euromünzen einen 26 000 Kilometer hohen Turm ergäben. Werft die Last der alten Währung ab, sollte das wohl heißen, und lasst euch von der neuen in lichteste Höhen führen! Es half nichts, die Eurozustimmung der Bürger in allen Euro-Ländern schrumpft. Die drei Währungs-Außenseiter Großbritannien, Dänemark und Schweden machen nicht die geringsten Bewegungen in Richtung Euro. Ihr gutes wirtschaftliches Abschneiden gibt ihnen recht. Die Deutschen kauften seit der Euroeinführung weniger. Der Konsum schrumpfte bis 2005 um 0,7 Prozent – also noch mehr Konjunkturlaute.

Georg Iggers, seit 1966 bis Anfang der 90-er Jahre ein sehr geschätzter Gast der Karl-Marx-Universität Leipzig, war es an der Wiege nicht gesungen worden, dass er ein deutsch-amerikanischer Historiker von internationalem Rang und Ruf werden sollte. Am 7. Dezember 1926 hatte er als Sohn jüdischer Eltern in Hamburg das Licht der Welt erblickt. 1938 emigrierte er mit seinen Eltern in die USA. In Richmond (Virginia) besuchte er die Schule. In Chicago promovierte er über den utopischen Sozialisten Saint Simon. Dort lernte er auch die jüdische Studentin Wilma Abeles kennen, die als Staatsbürgerin der CSR mit ihren Eltern emigriert war. Sie heirateten und gingen in die Südstaaten, wo sie in Bildungsstätten der diskriminierten Afroamerikaner unterrichteten und diese in ihrem Kampf unterstützten.

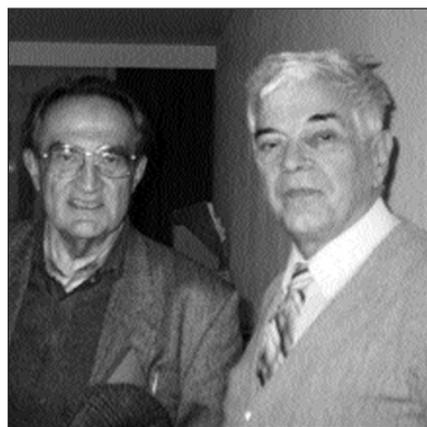
Iggers wurde 1965 auf eine Professur für Europäische Geistesgeschichte an der Universität Buffalo berufen. In diesem Rahmen begann er, sich der Geschichte der Geschichtswissenschaft zu widmen. Er wertete dabei auch Veröffentlichungen zu diesem Gebiet aus. Dazu zählte er auch meine Veröffentlichungen über Gerhard Ritter, den seit 1945 führenden Historiker, sowie über andere maßgebende Historiker und Philosophen der BRD. Am 4. August 1966 traf er in der Abteilung „Historiographie“ des Instituts für Deutsche Geschichte, der Vorläuferin des Lehrstuhls Geschichte der Geschichtswissenschaft der Karl-Marx-Universität (KMU) Leipzig, ein, um darüber zu diskutieren. Auf einem Gang durch die Innenstadt gerieten wir in eine lebhafte Diskussion. Was die Kritik an der Haupttrichtung der deutschen Geschichtsschreibung seit dem 19. Jahrhundert betraf, die sich vornehmlich auf Machtstaat, Krieg und herausragende Persönlichkeiten der herrschenden Klassen konzentrierte, zwei Weltkriege mit vorbereitet hatte, dem Faschismus dienstbar geworden war und nun dessen Ursprünge in der verteuften Französischen Revolution von 1789 zu finden meinte, waren wir uns rasch einig. Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es aber über die DDR und deren Geschichtswissenschaft. Er sah in ihr auch Fortsetzungen jener preußischen Traditionen, die wir beide ablehnten. Wesentlicher als diese u. a. Meinungsverschiedenheiten waren für mich aber sein leidenschaftlicher Antifaschismus, Antirassismus und Antimperialismus, die ihn zum Kampfgenossen der Afroamerikaner, zum Gegner des McCarthyismus und des Vietnamkriegs werden ließen.

Ich riskierte den Vorschlag, ihn zu Vorträgen über die deutsche und amerikanische Geschichtswissenschaft für 1967 einzuladen, weil ich durch Teilnahme an Internationalen Historikerkongressen die wissenschaftliche wie außenpolitische Bedeutung von Verbindungen

mit bürgerlichen bzw. nichtmarxistischen Historikern erkannt hatte. Auch mussten marxistische Historiker lernen, ihre Meinung gegenüber anderen Auffassungen mit Erfolg zu verteidigen. Einen verwandten Aspekt hatte Thomas Mann im Blick, wenn es im *Zauberberg* heißt: „Gesinnungen leben nicht, wenn sie keine Gelegenheit haben, zu kämpfen“. Vermutlich wurde dem Vorschlag aus analogen Gründen auch für alle folgenden Jahre entsprochen. So war Iggers ab 1967 fast jährlich unser Gast. In Sektionsveranstaltungen stellte

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Georg Iggers zum 80. Geburtstag

Ein Historiker von internationalem Rang



Prof. Werner Berthold (l.) und Prof. Georg Iggers

Foto. privat

er auch seine Manuskripte zur Diskussion. Durch seine Publikationen und Vorträge sowie Einladungen in die USA erweiterte er unser Wirkungsfeld und unsere Kenntnisse internationaler Entwicklungstendenzen der Geschichtswissenschaft. Zwischen uns entstand eine dialektische Freundschaft. Ein analoger Kontakt entstand auch zu seiner Frau Wilma, Professorin für Germanistik. Neue Dimensionen gewann unsere Verbindung mit der Gründung einer Kommission „Geschichte der Geschichtsschreibung“ beim „Internationalen Komitee der historischen Wissenschaften“, für deren Konstituierung Iggers bei Einbeziehung von Historikern der DDR eine große Initiative entfaltetete. Der Untergang der DDR führte keineswegs zum Ende unserer Verbindung. Jüngeren Mitstreitern verhalf Iggers zu neuen Entwicklungsmöglichkeiten auch in den USA. Bei Stellungnahmen zur Geschichtswissenschaft der DDR betonte er mit ihrer Kritik weiterhin ihre positiven Leistungen. Das findet sich konzentriert im „Nachwort zur

5 Jahre Euro

und jede Teuerung ist pure Einbildung –

wird jedenfalls behauptet



deutschen Neuauflage“ seiner „Deutschen Geschichtswissenschaft“ von 1997. So heißt es hier: „Im Gegensatz zu der Zeit nach 1945 ... wurde die große Mehrheit der Historiker der ehemaligen DDR fristlos entlassen ... Obwohl vor der Wende in der alten Bundesrepublik viel von der Notwendigkeit einer Hochschulreform die Rede war, wurde den ostdeutschen Hochschulen einfach das unreformierte westdeutsche System übergestülpt. Dies bedeutete das Ende der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR ... So bewegt sich die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik nach 1989 in alten Bahnen, ohne Anregungen aus der Geschichtswissenschaft der ehemaligen DDR zu rezipieren“.

Diese Neuauflage erschien ein Jahr vor dem Historikertag in Frankfurt/Main 1998, auf dem von jüngeren Historikern der Alt-BRD gegen starke Widerstände begonnen wurde, die Kontinuität zwischen der nazistischen und der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft aufzudecken.

Damit wurde de facto die Notwendigkeit erneut demonstriert, 1945 mit einem neuen Staat und einer neuen Gesellschaft auch eine substantiell neue akademische Geschichtswissenschaft zu begründen, was in der DDR mit großen Schwierigkeiten und auch Irrwegen in Angriff genommen wurde. Diese Geschichtswissenschaft wurde nach internationalen Maßstäben anerkannt, aber nach bundesdeutschen „abgewickelt“.

Dennoch führte das Ende der akademischen Existenz der Geschichtswissenschaft der DDR nicht zum Ende der Tätigkeit ihrer engagierten Historiker. Von diesen wurde auch die sehr verspätete Aufdeckung nazistischer Ursprünge bundesdeutscher Historiographie, womit in der DDR schon in den 50-er Jahren begonnen worden war, aufmerksam beobachtet und kritisch ergänzt. Hinsichtlich Hans Rothfels', Lehrer von einflussreichen Ex-Nazis in der BRD-Geschichtswissenschaft, erfolgte das aber angesichts seiner jüdischen Herkunft mit Zurückhaltung. Iggers aber urteilte: „Rothfels hatte noch 1935 die NS-Machtergreifung begrüßt. Nur die Gnade seiner jüdischen Geburt bewahrte ihn davor, ein führender Historiker im Dritten Reich zu werden.“

Georg Iggers, Ehrendoktor der Universitäten Arkansas, Richmond und Darmstadt, stand in den 80-er Jahren auf einer Liste der Fakultät für Philosophie und Geschichtswissenschaft der Karl-Marx-Universität Leipzig, die Vorschläge für Verleihungen des Ehrendoktors enthielt. Die heutige Alma Mater Lipsiensis will einen Gelehrten von seinem Rang und Ruf, der am 7. Dezember seinen 80. Geburtstag beging, offensichtlich nicht ehren.

• WERNER BERTHOLD



Von
**KLAUS
HUHN**

Wenn ich rund um den Jahreswechsel vor dem Fernseher sitze und die Vierschanzentournee verfolge, geht mir jedesmal – vor allem, wenn Werbung mich langweilt – so manches durch den Kopf und, wie es uns Älteren ergeht, sind es oft Erinnerungen. So oft ich in den letzten Jahren den Spaßmacher Jauch ertragen musste – der mir persönlich schnuppe ist, aber eben beim Skispringen so deplatziert war wie der Glöckner von Notre Dame beim Roulette – kamen mir die Gründer in den Sinn: Der kantige Franz Rappenglück aus Garmisch oder der schlitzohrige Emmerich „Putzi“ Pepeunig aus Innsbruck. Die hatten die Tournee Anfang der fünfziger Jahre aus der Taufe gehoben und mit diesem ersten Etappenskispringen die sportlichen und menschlichen Bindungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik wieder normalisieren wollen. Das gelang ihnen überzeugend, obwohl die Sponsoren nicht Schlange standen und an allen Schanzen nach dem letzten Sprung als erstes die Einnahmen gezählt wurden, um herauszufinden, ob auch alle Rechnungen bezahlt werden konnten. Ich werde nie vergessen, wie ich den „Putzi“ mal am Fuß der Oberstdorfer Schattenschanze zum Spaß fragte, wie er denn reagieren würde, wenn morgen ein Springer daherkäme und ihn nach Startgeld fragen würde. Er lachte: „Startgeld? Ich würde ihn fragen, was das ist und ihm raten, schleunigst nach Hause zu fahren.“

Mancher Leser wird vielleicht kopfschüttelnd fragen, ob ich etwa gegen Startgeld wäre und ich würde ihm antworten: Kaum, aber früher funktionierte auch diese Tournee startgeldlos und war so spannend wie heute. Man kann mir Träumerei vorwerfen und Nostalgie und was weiß ich noch alles, aber es ist nicht so absurd, sich daran zu erinnern. Denn manch anderes sollte nicht angeschafft, sondern abgeschafft werden. Aber noch immer stehen auf dem Turm neben der Schanze fünf Experten und vergeben Haltungsnoten, die zwar den meisten Kommentatoren belanglos erscheinen, aber

schon so manche Tournee entschieden haben. Dabei hat es in den letzten Jahrzehnten nicht an „revolutionären“ Vorschlägen gemangelt, die Haltungsnoten endlich abzuschaffen und allein die Weite entscheiden zu lassen, wobei die niedrigeren Werte gar nicht mehr gemessen werden sollten. Die Internationale Skiföderation hat sich im Kampf gegen solche „Modernisierung“ des Skisprungs glücklicherweise als hartnäckig und hart erwiesen und das Erbe der Männer wie Rappenglück und Pepeunig bewahrt. Ich verhehle auch nicht, dass wir an den Tagen zwischen den Sprungläufen so manchen Becher geleert haben, auch wenn wir in mancher Hinsicht – zum Beispiel in der Politik – durchaus nicht immer einer Meinung waren.

Sportkolumne

Vierschanzen- Erinnerungen vorm Fernseher

Aber: Und auch das soll nicht vergessen werden – wenn sich die Politik in den Sport mischte, waren wir immer einer Meinung. Und das geschah oft, aber heute sucht man vergeblich in den Chroniken der Vierschanzentournee die Interventionen Bonns. Einmal stand ich dem Mann auf dem Schanzenturm in Oberstdorf gegenüber, den Bonn eigens zur Tournee entsandt hatte, um den Start der DDR-Springer zu vereiteln. Der Mann muss nicht mal gewusst haben, was Skispringen ist, denn er kam in Halbschuhen und stolperte fluchend durch den hohen Schnee. Dann rief er in München an und ließ den örtlichen Gendarmerievorsteher mobilisieren, und der musste dann an der Schanze der DDR-Mannschaft das Startverbot verkünden. Das geschah am Schanzentisch, und Helmut Recknagel sagte ihm: „Es ist gegen die Ehre eines Skispringers, zu Fuß von der Schanze zu steigen. Sie können eine Hundertschaft mobilisieren, aber wir werden wenigstens auf den Skiern den Hang hinunterfahren.“ Sie taten es und fuhren in einen Beifalls-

sturm des Publikums. Ich kannte den Gendarmen und besuchte ihn später in seinem Büro. „Was sollte ich machen? Ich hatte keine Wahl. In drei Jahren werde ich pensioniert...“ Der Halbschuhmann saß längst in seinem Dienstwagen und rollte nach Norden – vielleicht in Strümpfen?

Eines Tages hatten sie sich eine andere Variante ausgedacht. Nach Kriegsende hatten die Alliierten Order erlassen, dass alle Deutschen einen *Allied Travel Passport* beantragen müssten, wenn sie außer Landes reisen wollten. Als die BRD gegründet war, gab man Reisepässe aus, aber für DDR-Bürger blieb es bei der Regel, dass sie einen *Allied Travel Passport* beantragen mussten, wenn sie ins westliche Ausland reisen wollten. Darauf beriefen sich die BRD-Grenzer am Übergang nach Österreich. Da die DDR-Springer nach Finnland und Schweden – die die Regelung ignorierten – mit dem DDR-Pass reisen konnten und auch die Österreicher ihr Visum in den DDR-Pass stempelten, geriet die Tournee eines Tages ins Schlingern, weil DDR-Springer jenen Grenzübergang nicht benutzen durften, sondern zurückreisen mussten, um via CSSR nach Österreich zu gelangen, um dann wieder von Wien nach Innsbruck zu fahren. Das war eines Tages dem Innsbrucker Oberbürgermeister Lugger zuviel. Er schickte Polizisten mit Blaulicht an die Grenze und die holten die DDR-Springer ab.

Wenn ich rund um den Jahreswechsel vor dem Fernseher sitze und die Vierschanzentournee verfolge, geht mir jedesmal – vor allem, wenn Werbung mich langweilt – so manches durch den Kopf. Darunter auch die Frage, wann das Institut für Zeitgeschichte des Sports der Universität Potsdam, dem Jahr für Jahr stattliche Summen bewilligt werden, damit es den DDR-Sport „aufarbeitet“, endlich einmal die Einmischung der BRD-Regierung in die Vierschanzentournee „erforscht“.

Ungeachtet solcher Gedanken und der Spaßvögel, die die Fernsehstationen neben den exzellenten Fachleuten aufboten – Dieter Thoma sah bei RTL darüber hinweg, dass man ihn zwischendurch mal „Georg“ nannte und mit einem Thoma verwechselte, der vor über 40 Jahren erfolgreich bei der Tournee gestartet war –, gab es auch diesmal wieder brillante Sprünge zu erleben, die man sich eben nur im Fernsehen zwei- oder dreimal ansehen kann. Ob das die des halbwüchsigen Norwegers Anders Jacobsen, des Schweizer Weltmeisters Simon Amman oder des österreichischen Wunderknaben Schlierenzauer oder auch die des in Garmisch auftrumpfenden japanischen Veteranen Kasai waren – am Ende war es wieder ein glanzvolles sportliches Erlebnis, über das man die „Erfinder“ nicht vergessen sollte.

Arbeitsplatzvernichtung durch Privatisierung

Noch kurz vor Weihnachten, am 14. Dezember protestierten die Arbeiter der Hamburger Hafen Lagerhaus AG (HHLA) gegen den Verkauf ihrer Arbeitsplätze. Die Hamburger CDU Landesregierung will den stadteigenen größten Hafenumschlagsbetrieb zu 49,9 Prozent privatisieren. Unklar ist noch, ob an einen sogenannten strategischen Investor oder ob ein Börsengang das Geld bringen soll.

Nach Auffassung der Gewerkschaft ver.di wie der Oppositionsparteien im Hamburger Parlament müsste der Betrieb nicht verkauft werden. Alle erforderlichen Investitionen seien aus eigener Kraft zu leisten.

Arbeitsplatzabbau droht auch den Beschäftigten im Landesbetrieb Krankenhaus (LBK), der im Jahr nach der Wahl zur Bürgerschaft im März 2004 privatisiert wurde. Dabei hatten sich in einem Volksentscheid, der parallel zur Bürgerschaftswahl 2004 stattfand; 76,8 Prozent der Teilnehmer gegen diese Privatisierung gestimmt.

Im Februar 2005 hielt der Käufer des LBK, der Asklepios-Chef Bernard Broermann, ein promovierter Anwalt und Wirtschaftsprüfer, in einem Ham-

burger Hotel unter dem Titel: „So machen wir Hamburgs Kliniken fit“ einen Vortrag, dem er zwei Prämissen voranstellte: „Der Gesundheitsmarkt ist eine Wachstumslokomotive; keine Branche dürfte in den kommenden Jahren mehr Beschäftigungschancen eröffnen; als die Gesundheitsbranche. Somit gelte es, die Gesundheit als Erlös- und Beschäftigungschance zu begreifen und den falschen Ansatz eines Kostentreibers abzulegen.“

Die zweite Broermann-Prämisse: „Weniger Staat bedeutet mehr Wohlstand für alle. Die Stadt habe mit der Teilprivatisierung des LBK einen mutigen und richtigen Schritt getan. Mutig deswegen, weil er von vielen Interessengruppen mit vielen Unwahrheiten und haltlosen Vorwürfen bekämpft worden sei. Richtig, weil er den vom staatlichen Zwang befreiten Kräften eine Chance zum Wohle der Entfaltung dieser stolzen und wettbewerbsorientierten Stadt gebe. Hier fühlen wir uns als Asklepios im Wort.“

Laut Broermann sind die Auswirkungen der Privatisierung auf Hamburg nur positiv, sowohl was den städtische Haushalt betreffe als auch die Wirt-

schaft: „Unser Ziel ist, die Beschäftigung des LBK so hoch wie möglich zu halten. ... Allerdings dürfen bei dieser Rechnung die Kosten pro Arbeitsplatz nicht vergessen werden. Bei Personalkostensteigerungen und gleichzeitiger Nullrunde auf der Erlös-Seite durch die Auswirkungen der Gesundheitsreform, kann sich jeder ausrechnen, dass Tarifierhöhungen zwangsläufig im wesentlichen nur durch einen entsprechenden Arbeitsplatzabbau kompensiert werden können. Wir streben für den LBK einen Haustarifvertrag an. Nur so ist für Asklepios die Sicherung der Qualität möglich.“

Diese Drohung wird nun konkret. Seit Dezember 2006 herrscht Unruhe unter den rund 12 000 Mitarbeitern im Landesbetrieb Krankenhäuser. Nach dem Kennnistand der Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats Katharina Ries-Heidtke soll die Kündigungswelle vor allem Beschäftigte in den „patientenfernen“ Einrichtungen treffen, zum Beispiel beim Reinigungs- und Küchenpersonal.

Dennoch wächst inzwischen auch die Unruhe bei den Ärzten und dem Pflegepersonal. • **KARL-H. WALLOCH**

Oberflächliche Filmemacher

Das ZDF-Angebot von Geschichtsbeiträgen ist anerkennenswert. Das Vermitteln von geschichtlichen Ereignissen an die Nachgeborenen beinhaltet Botschaften für ihr Denken und Handeln.

Worin besteht zum Beispiel die Botschaft des TV-Dokudramas „Die Kinder der Flucht“? An konkreten Beispielen wird das furchtbare Leiden unschuldiger Kinder im verheerenden Zweiten Weltkrieg gezeigt. Das mahnt, dass sich derartige Katastrophen nicht wiederholen dürfen. Jedoch die Ursachen und Hintergründe für das entsetzliche Leiden der Kinder bleiben außen vor. Stattdessen wird im Teil „Wolfskinder“ der Eindruck vermittelt, dass nur die Sowjetarmee, die „Russen“, für das Kriegsleid verantwortlich waren. Von einer qualifizierten Dokumentation verlange ich, dass sie die Ursachen vermittelt, dass sie deutlich sagt, es waren die Nazis und die deutsche Großbourgeoisie, die diesen Vernichtungskrieg entfesselten.

Alte antikomunistische Klischees zu bedienen oder gar noch geistige Vorlagen für die Neonazis zu bieten, das nenne ich verantwortungslos handeln.

WINFRIED STEFFEN, TREBNITZ

Leser werben Leser Leser werben Leser Leser werben Leser

Wir haben keine Millionen und auch kein Porzellan, das wir auf Wettiner Art zurückfordern können, um es zu versilbern.

Wir haben 1000 Ideen und ein kleines Team, das im kommenden Jahr fünfzehn wird.

Wir brauchen Ihr Engagement, um unsere Leserschaft zu vergrößern

Wir können keine Straßenbahnen besprühen.

Wir wollen auch nicht 1000 Plakate kleben.

Wir setzen auf's Weitersagen und Ihre Leselust.



Außerdem: Wir lassen uns nicht durch die vielen Präsente anderer Zeitungen irre machen, sondern setzen auf Begegnung und Individualität.

Wir bitten zum runden Tisch.

Und der ist reserviert für Leser, die uns mindestens zu drei neuen Abonnenten verholfen haben.

Wir präsentieren

diesen erfolgreichen LN-Werbern die **Backkünste** unserer Chefredakteurin nebst ihrer Gesellschaft – und zum Nachtsch **Flimmernde Entdeckungen** aus unserem Film- und Fernsehlink. **Einmalig und appetitlich!**

Auf die Plätze fertig los.

Ihr Nachbar, ihr bester Freund, ihr Arbeitskollege, ihr Onkel (und von all denen natürlich die weiblichen Entsprechungen) warten schon darauf, endlich einen Leipzigs-Neue-Aboschein ausfüllen zu dürfen.

Der steht übrigens auf Seite 15 und eignet sich auch hervorragend für ein Geschenkabo (Nicht vergessen, zu notieren, wer der Werber war!)

Aber: Wir öffnen eine große Bücherkiste und spenden jedem LN-Leser für einen neuen LN-Abonnenten tolle, von den Autoren signierte Bücher und CD, die uns der Eulenspiegel Verlag zur Verfügung stellte. Dankeschön im Namen unserer werbenden Leser.



Wanderungen durch Neufünfland

Gestörte Sichtachsen ...

DAS NEUE JAHR war natürlich nicht nur am Brandenburger Tor begrüßt worden. Mancherorts war man allerdings nicht so guter Stimmung wie dort. Ich hatte mich auf den Weg nach Norden gemacht und rund um Ribnitz-Damgarten manch Wort gehört, das nicht so recht zu den lieben Merkel-Worten der Jahreswende passte. In Mecklenburg-Vorpommern hat man Aufschwung und Gesundheitsreform auf besondere Art ausgelegt, in dem man die Bereiche für den Ärztlichen Notdienst etwas „großzügiger“ gestaltete. Auch die Vorsitzende des Bodden-Arztverbundes, Ulrike Jacobi, schwieg nicht und schilderte einem Zeitungsreporter die Folgen: „Schwerin hat uns faktisch entmündigt und Notdienstbereiche festgelegt, bei denen unsere Kollegen bis zu 70 Kilometer an das Krankenbett zurücklegen müssen.“ Man wollte sich Anfang Januar treffen und die Lage beraten, viel Hoffnungen machte sich niemand. „Reform“ heißt also in dieser Gegend: Im Notfall künftig länger auf den Doktor warten.

HEILIGENDAMM WIRD REGELMÄSSIG ANGEWANDERT, denn die Vorbereitungen auf den sogenannten G8-Gipfel liefern immer Stoff. Als wir dieser Tage mit einigen Strandläufern plauderten, erfuhren wir denn auch

prompt die neueste Sensation: Der Findling wird weggeräumt. Wer in Heiligendamm nicht zu Hause ist, kann nicht wissen, dass der Granitbrocken schon seit Generationen auf dem Seebückenvorplatz liegt. Nun droht er zum Zankapfel zwischen der Stadt Doberan und dem Weltgipfel zu werden. Denn: Die in Heiligendamm herrschende Fundus-Gesellschaft hat entschieden, die Villa „Perle“ abzureißen, damit dort ein Podest für die Fernsehkameras entstehen kann. Die Villa gehört zur sogenannten „Perlenkette“, die zwar unter Denkmalschutz steht, aber abgerissen werden darf, weil sie gleich nach dem Gipfel wieder wie neu errichtet wird. Allerdings stellte sich heraus, dass der Findling die Sichtachse der Kameras stört und deshalb soll er auch noch abgeräumt werden. Der zuständige Mann in der Bad Doberaner Stadtverwaltung nennt das Argument mit der Sichtachse eine faule Ausrede und weigert sich, den historischen Ort zu opfern. Demnächst ziehen wir wieder nach Heiligendamm ...

ENDLICH MAL EINE GUTE NACHRICHT AUS THÜRINGEN: Ein Gipsabdruck des in den fünfziger Jahren in der Rhön gefundenen Oberschenkelknochens eines Mastodon-Mammuts wird in Kaltensundheim künf-

tig ausgestellt. Bei Rohrverlegungsarbeiten war man im Dezember 1957 in nur 70 Zentimeter Tiefe auf Zähne der Vorzeittiere gestoßen und hatte bald darauf weitere sensationelle Funde gemacht. Man freut sich über die Entscheidung und hofft nur, dass unter den Ausgrabern von damals nicht etwa ein „IM“ war, denn dann müsste das ja alles erst von der Birthler-Behörde überprüft werden.

DIE SCHLECHTE NACHRICHT: In Neustadt bei Sonneberg sorgt die Gegenwart für Ärger. Ein Lichtwellenfertigungsunternehmen mit mehr als 200 Arbeitsplätzen wurde nach langem Kampf der Belegschaft nun doch geschlossen. Die Maschinen werden nach Polen verlagert, wo der Profit größer sein soll. Solchen Nachrichten begegnet man fast überall, aber was viele beunruhigt, ist die wachsende Gleichgültigkeit gegenüber diesen Nachrichten. Entlassene vermissen Solidarität, wie sie früher oft noch anzutreffen war. Wanderer sind keine Soziologen aber sie nehmen oft wahr, was denen entgeht, die Tag für Tag in der gleichen Umgebung leben. Politiker bejubeln Aufschwung und hantieren vor den Fernsehkameras mit fragwürdigen Statistiken und Tausende feiern den Jahreswechsel – manchmal könnte der Wanderer glauben, sie verdrängen mit ihrem Jubel-Trubel die Skepsis. In Neustadt demontieren sie jetzt die Maschinen, an den sie lange gearbeitet hatten. Da vergeht einem das Jubeln ...

• KLAUS HUHN

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Sonnabend, 13. Januar, 10-16 Uhr, Leipzig
Seminarreihe: *Was heißt Gerechtigkeit? I. Gerechte Regierung: Menschen- und Bürgerrechte.* Mit Dr. Edelbert Richter, Weimar, und Wolfram Tschiche, Klinkle
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Sonnabend, 13. Januar, 10 Uhr, Dresden
Ehrung von Rosa Luxemburg zum 88. Jahrestag ihrer Ermordung. Mit (u. a.) Dr. Michael Sturm, Vors. SPD Dresden, u. Hans-Jürgen Muskulus, Vors. Linkspartei, Dresden
Stele am Rosa-Luxemburg-Platz

Mittwoch, 17. Januar, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Gespräch: *Die Krise der Demokratie.* Mit Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig (Autor), und Michael Faber, Leipzig (Herausgeber)
TU Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Donnerstag, 18. Januar, 19 Uhr, Leipzig
Junge Wissenschaftlerinnen stellen sich vor. Franziska Müller-Langer, Leipzig: *Status und Perspektive von energetischer Biomassenutzung in Deutschland.* Janina Petra, Berlin: *Jugendliche Medien und Identitätskonstruktion.* Moderation: Luise Neuhaus.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Sonnabend, 20. Januar, 10-14 Uhr, Leipzig
Seminarreihe Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung: *I. Auf der Suche nach einer effektiven Organisationsform.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Schröder
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Sonnabend, 20. Januar, 10 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion mit der Autorin des Buches *Wendeland. Fakten und Legenden*, Prof. Dr. Christa Luft, Berlin.
FATA MORGANA, Carolastr. 11

Montag, 22. Januar, 19 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Was bedeutet „neue Marx-Lektüre“?* Mit Ingo Elbe, Bochum. In Zusammenarbeit mit dem AK Kritische Theorie im Stura der Uni Leipzig.
Universität Leipzig, GWZ, Beethovenstr. 15

Donnerstag, 25. Januar, 17 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Option Gerechtigkeit. Fidel Castro und die neue lateinamerikanische Linke.* Mit Dr. Peter Hamann, Leipzig
Bürgerbüro Dr. Barbara Höll, Gorkistr. 120

Freitag, 26. Januar, 18 Uhr, Leipzig
Neujahrsempfang. Liedprogramm mit der Liedermacherin und Interpretin Brigitte Lange, Leipzig.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Einen herzlichen Glückwunsch unserem Genossen

Dr. Heinz Berger,
der am 15. Januar seinen **82. Geburtstag** begeht.

Die Linkspartei.PDS-Basisgruppe Lößnig II

Zum 80. Geburtstag
wünschen wir unserem Genossen

Gerhart Vogel
Gesundheit und Glück und bedanken uns für die aktive Mitarbeit

Linkspartei.PDS-BO Großschocher/Knauthain.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

25. 1., 19 Uhr, Gisela Ludwig: *Japan – Erlebnisbericht von einer Reise.* Eintritt: 6 Euro, erm. 3 Euro.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Januar neu bei uns:

Wer war wer in der DDR? Forschungen zur DDR-Gesellschaft. Hrsg. v. Helmut Müller-Embergs u. a., Links, 49,90 Euro
Al Gore: Eine unbequeme Wahrheit. Die drohende Klimakatastrophe und was wir dagegen tun können. Riemann, 19,95 Euro
Das DDR-Sammelsurium. Hrsg. v. Franziska Kleiner, Eulenspiegel, 16,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch. Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage
04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Initiative Christliche Linke

15. Januar, 18 Uhr, Gemeindegottesdienst der Nikolaikirche Leipzig, Vortrag von Dr. Christian Estip, Leipzig: *Religionswissenschaften in Leipzig – Möglichkeiten und Grenzen einer Wissenschaftsdisziplin*

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)
18. 1., 16.30 Uhr, Vortrag Prof. Dr. Siegfried Bönisch: *Globalisierung welcher Art – das ist die Frage*

Israel, der Nahe Osten & die neue Linkspartei

Vortrag & Diskussion

Referent: Sebastian Voigt, M.A.

veranstaltet von *Initiativgruppe „Hamas raus aus den Köpfen“ und Junge Linke.PDS Sachsen*

Israel und der Nahe Osten stehen aufgrund der Entwicklung der letzten Monate erneut im Fokus des Interesses der deutschen Linken. Das Thema ist seit Jahren äußerst heikel und hat zu vielerlei Verwerfungen geführt. Auch innerhalb der Linkspartei wird der Konflikt zwischen Israel und der islamistischen Hisbollah inzwischen inhaltlich kontrovers diskutiert. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht neben einer kritischen Betrachtung des Antimperialismus und des Islamismus vor allem die Haltung der Linkspartei.

17.01.2007 19 Uhr

Leipzig, Volkshaus, Saal 5, Etage, Karl-Liebknecht-Str. 30/ 32

www.israel-debatte.de

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Post-Posse

mit: einer „Post-Christel“, einem Kaiser und zwei „Engeln“

Ja, ich weiß, dieses Lied aus dem „Vogelhändler“ mochten die Postmitarbeiter schon vor zig Jahren nicht. Allein dieses „nur nicht gleich nicht auf der Stell“, das verhaltelte einem Beamten jedes noch so schöne Briefmarkenmotiv, das er verkaufte und die Kunden eben mal warten mussten.

Dass die Realität jede Operettenseeligkeit an Verrücktheit noch übertreffen kann, war in diesen Wochen vor den Toren Leipzigs zu erleben. Meine Uroma – sie hat auf Wolke sieben längst ihren Frieden gefunden – grummelte: „D a s hätte es beim Kaiser nicht gegeben...“. Und obwohl mir die Adligen piepegal sind, sage ich: In diesem Fall hat die alte Frau recht, denn zu Kaisers Zeiten wurde in Oetzsch (heute heißt es Markkleeberg-Mitte) ein prächtiges Postverteiltamt eingeweiht (Siehe nebenstehendes Foto). Es diente



gleichsam als Schaltstelle für den gesamten Leipziger Süden. Die späteren Jahrzehnte meinten es aber nicht gut mit dem Amt, denn es zahlte seinen Preis für den zweiten Weltkrieg und wurde zerstört. Aber Briefe wurden trotzdem geschrieben und Pakete geschickt und Lotto gespielt und Zeitungen ausgetragen. Ein neues Amtsgebäude musste her und konnte in den 50-er Jahren, nur einen Steinwurf weit vom zerstörten kaiserlichen Amt, als großzügiger, mehrstöckiger Post-Neubau eingeweiht werden.

Aber: Die späteren Jahrzehnte meinten es wieder einmal nicht gut mit ihm. Nur zahlte er diesmal seinen Preis nicht in Kriegs-, sondern in Nachwendezeiten. Er wurde abgerissen oder wie es heute heißt „rückgebaut“. Das Gebäude musste Platz machen für eine dieser neuen gesichtslosen Einkaufspassagen. Inzwi-

schon hatte sich vieles geändert. Die Zeitungen brachte nun nicht mehr die „Christel“, zu Weihnachten gab es kaum noch Westpakete und Briefe versenden heute viele per Computer. Trotzdem gibt es noch viel zu tun, beim Bank- und Scheckverkehr, beim Zeitungs- und Briefversand und beim Verteilen für eine immerhin nicht so ganz kleine Gemeinde mit über 20-tausend Einwohnern. Also: Die Post mietete Räume in der neuen Orts-Passage und täuschte damit vor, den jahrzehntelangen Postbetrieb doch in gewohnter Zentrumsnähe und neuen Räumen fortführen zu wollen.

Irgendwann kamen Lader die Einsparer und Privatisierer an die Schalter und riefen: Weg mit der Postfiliale! Sie kündigten den verschreckten Kunden an, die neueröffneten Räume wieder zu schließen und den Postverkehr in kleine Agenturen – sprich Geschäfte mit Nebenerwerb – zu verlagern. Ein Aufschrei ging durch den Ort. Parteien sammelten lange Unterschriftenlisten, die aufgeregten Anwohner schrieben die Postseiten der Ortszeitung voll, der Oberbürgermeister schüttelte ebenfalls den Kopf, aber darüber hat er nun wirklich keine Befehlsgewalt mehr. Alle sind nun sauer und haben die Hoffnung auf ein süßes Happy End, a' la „Vogelhändler“, aufgegeben. Sie tippen sich nur noch an die Stirn, als sie erfuhren, dass die Post laut Vertrag noch für acht Jahre Miete zahlt. Für l e e r e Räume! „D a s hätte es bei Honecker nicht gegeben...“, rief meine Oma auf Wolke sechs zu ihrer Mutter auf Wolke sieben hinüber. Aber die flirtete mit dem Kaiser. • MIC

Orgasmen deutschen Beamtentums

Fernsehen ist mitunter ja doch überwältigend entlarvend. Neulich zappte ich so vor mich hin und erlebte zwei Polizisten, die in eine Wohnung gerufen wurden: Dort würden Polinnen illegaler Prostitution nachgehen. Die alsbald wieder abziehenden Uniformierten erklärten: Alles in Ordnung, der Steigerraum werde nur von zwei Frauen benutzt, erst ab drei Benutzerinnen müsste ein Gewerbe angemeldet werden. Steigerraum? Das heißt tatsächlich so in der Beamtensprache. Ja, sind Männer denn Hengste? Was für potente Kerle dürfen sich so etwas ungestraft ausdenken?

Kurze Zeit später grübelte ich darüber nach, wie gut es einer hat, der jemandem ein Messer in den Bauch rammt oder ähnliche Garsigkeiten macht. Der kriegt einen Pflichtverteidiger, wenn er kein Geld hat, einen Psychologen und was weiß ich alles. Und am Ende wird ihm vielleicht noch verminderte Zurechnungsfähigkeit attestiert. Aber fahr mal ohne gültige Plakette mit deinem Auto durch eine deutsche Stadt. Da bist du dran. Und außerdem hast du ganz alleine zu tun, um aus dem Schlamassel wieder rauszukommen. Wo kämen wir aber auch hin: Ohne gültige Plakette!!! In Deutschland!

Aber dann zappte ich mir den ultimativen Kick heran: Ein paar pffiffige Journalisten untersuchten mal genauer, wofür nun im neuen Jahr sieben und wofür 19 Prozent Mehrwertsteuer zu berappen sind.

Also, will Töchterchen ein Pferd, weil das heute ja sein muss, sind sieben Prozent MWSt abzuführen. Will aber jemand einen Esel in seinem Garten grasen lassen, sind 19 Prozent fällig. Bleibt die Frage, was wird dann mit einem Maultier? Werden da sieben und 19 zusammengezählt, also 26 berechnet? Lustig geht's auch an der Kuchentheke zu. Wenn ich mir ein Würstbrötchen rüberreichen lasse, kostet das nach wie vor nur sieben Prozent Aufschlag. Aber für den Fruchtsaft dazu, damit es besser rutscht, will der Staat 19 Prozent MWSt. Ist ja wohl auch kein Nahrungsmittel, oder was?

Also, Frau Maus hat jetzt ein neues Hobby: MWSt-Sätze aufspüren. Denn mit Logik kommt man denen einfach nicht bei. Das habe sich halt so entwickelt, hab ich beim Fernsehen gelernt.

Fröhliches Zappen
IHRE
MILIANE MAUS



Der LN-Kurzvortrag:

Der Mensch lernt vom Computer.

Manch einer lässt sich sehr schnell umprogrammieren.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Das ist dringend nötig, damit eine Geschichtsepoche von rd. 45 Jahren nicht ausgelöscht wird. Sonst glauben am Ende die Westdeutschen noch, dass das Gewandhaus erst nach der Wende errichtet wurde.

(Peter Sodann zur Einrichtung von Museen über den DDR-Alltag)

LVZ 15. 12. 2006

Wenn der Papst Benedikt spricht sind viele Jugendliche erstaunt, welche Ansichten es vor 100 Jahren gegeben hat.

ARD 28. 12. 2006

Man hat jetzt festgestellt, Obst und Gemüse wirken absolut potenzfördernd. Bei alten Männern hilft offenbar vor allem junges Gemüse.

LVZ 29. 12. 2006

Der weißrussische Präsident Lukaschenko ist in der Ukraine der beliebteste ausländische Politiker, weil er mit fester Hand regiert.

DLF 29.12.2006

In Wien stehen z.Z. zig Baukräne. Von vielen, auch alten, historischen Häusern, werden die Dächer abgenommen. Die

Gebäude werden in moderner Bauweise um ein bis drei Stockwerke aufgestockt. Die Investoren sparen so viel, viel Geld.

Bayer. Fernsehen 1. 1. 2007

Der heimische Brennstoff Braunkohle deckt derzeit ein Viertel des deutschen Energiebedarfs. Angesichts explodierender Preise für Öl und Gas schwärmt die Mibrag von einem „unverzichtbaren Energieträger, der kontinuierlich und preisstabil gewonnen werden kann.“

ND 3. 1. 2007

Ein Dokumentarfilm der ARD zeigte kürzlich: Ost-Frauen waren besser im Bett. Naja, das ist jetzt allerdings auch schon wieder 16 Jahre her.

Eulenspiegel 1/ 07

Der Trend zum Zweitgerät war gestern, heute wird nachhaltig auf die Aus-Taste gedrückt: Mehr als zwei Millionen Deutsche haben sich inzwischen von ihrem Fernseher verabschiedet ... und sind bestens gelaunt.

Das Magazin 1/ 07

• ENTDECKT VON
MANFRED ERBE

SPRÜCHE FRISIERT

Getroffene Politiker dementieren.

Dem Blutigen gehört die Welt.

Der Glaube kann Zwerge verhetzen.

Mundwerk hat goldenen Boden.

Wer es A sagt, muss es auch B sagen.

Kein Hauch ohne Steuer.

Liebe geht nach dem Wagen.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax (Redaktion): 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. 1. 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 26. 1.2007

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40